

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf., bei uns durch Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonelle aber deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gewöhnliche Notizen 20 Pfg. (zuzüglich 2 Pfg. für die erste Zeile), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen haben das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der neue Herr.

Uns wird geschrieben:

Eine alte Erfahrung in der Politik geht dahin, daß es viel wichtiger ist, wer in ein politisches Amt hineinkommt, als wer aus ihm scheidet. Bei der Bedeutung, die nach Verfassung und Verwaltungspraxis der Minister des Innern von Preußen hat, ist es deshalb nicht wertlos, sich die politische und vielleicht auch für die letzte Zeit die persönliche Entwicklung des Herrn von Loebell genauer in Erinnerung zu bringen.

Herr v. Loebell hat in seiner politischen Laufbahn eine sehr charakteristische Grenzschiede. Sie liegt um das Jahr 1904 herum und hängt zusammen mit der Ära des Fürsten Bülow. Vor 1904 ist die Entwicklungslinie des Herrn v. Loebell eine gerade und zweifellos reaktionäre. Wir haben diese seine Entwicklung bis 1904 an dieser Stelle ausführlich rückwärtend untersucht, als er im Herbst 1904 zum Chef der Reichskanzlei ernannt wurde.

Wir erinnern damals, daß er mehrere Jahre Geschäftsführer der konservativen Partei gewesen sei. Seine gewandten Formen, ein gewisses Redetalent und ein geringes Weniger jener in der Junkerfippe stereotypen Scheu vor Lesen und Lernen veranlaßten seine Partei, ihn in den Reichstag zu ziehen. Er wurde 1898 im 8. Potsdamer Wahlkreis aufgestellt und siegte mit den üblichen konservativen Mitteln, die aber in diesem Falle doch so offensichtlich wurden, daß seine Reichstagsherlichkeit bereits am 1. Mai 1900 durch Ungültigkeitserklärung des Mandats ein bitteres Ende nahm. Ein Jahr darauf, 1901, kam ihm schon der Trost in der Gestalt eines Mandats für das preussische Abgeordnetenhaus, aus dem er dann so plötzlich die Treppe in die Reichskanzlei hinauffiel. Im Reichstage zeigte er bis dahin bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit, daß ihm die schwärzeste Reaktion gerade recht und erstrebenswert war.

Bei der Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes zum Beispiel gestand er am 15. Februar 1899 seinen und seiner Partei Abscheu vor jeder energischen Sozialpolitik, irgendeine Sozialpolitik könne überhaupt nicht eher wirken, „als bis man mit Energie und Umsicht der Agitation entgegenrete, die in Stadt und Land gefühlloslich bemüht ist, die Wirkungen der Sozialpolitik zu beeinträchtigen“, erklärte er wörtlich. In derselben Rede zeigte er sich auch sonst als Kulturmann, indem er aus seiner Begeisterung für die Prügelstrafe kein Hehl machte. Er erklärte, natürlich unter lebhaftem Beifall rechts: „... ich nehme gar nicht im geringsten Anstand, auch meinen Wählern gegenüber zu vertreten, daß ich bei der zunehmenden Verrohung seitens der jungen Burschen die Prügelstrafe für sie tatsächlich für das einzig Richtige halte. (Sehr gut! rechts.)“

Als blödester Scharfmacher offenbarte er sich aber bei der Beratung der Zucht- und Aussetzungsvorlage in der denkwürdigen Sitzung vom 20. November 1899, wo diese Vorlage endgültig verscharrt wurde. Diese Rede war ein einziger lauter Schrei nach einem Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft. Die ältesten Lebenshüter mußten gegen unsere Partei aufmarschieren, und es wurde eine Rede, wie sie jedem Kriegervereine zur Ehre gereicht hätte. Die Sozialdemokratie war ihm nicht nur eine politisch verruchte Partei, sondern auch eine persönlich moralisch verkommene, von der jeder anständige Mensch meilenweit abrücken müsse.

Kein Wunder, sondern eine Selbstverständlichkeit, daß sich gerade an diese Rede des Herrn v. Loebell gestern Herr Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“ klammert. Er zitiert aus dieser Rede mit großem Behagen die folgenden Sätze:

„Ich will betonen, daß meine Partei auf dem Boden des Gefegentwurfes steht, weil sie glaubt, daß er eine wirksame Waffe ist, einmal den Arbeitern Schutz zu gewähren, zweitens aber auch endlich der Sozialdemokratie gegenüber Farbe zu bekennen, was wir bisher lange vermehrt haben...“

Wir denken uns die Regelung des Vereinsrechtes so, daß unbedingt eingeschritten werden muß gegen alle die politischen Vereine, die sich den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zur Aufgabe gemacht haben, und wir erachten es für erforderlich, daß die Staatsgewalt mit aller Energie ihre Absicht zu erkennen gibt, gegen diese Art von politischen Vereinen scharf einzuschreiten...“

Es ist einmal gesagt worden, daß alle Befehle daraufhin geprüft werden müßten, wie sie wirken gegenüber der Sozialdemokratie, und wir haben, glaube ich, ganz besonders die Pflicht, diesen Gesichtspunkt immer an die Spitze zu stellen; denn die Sozialdemokratie hat... es meisterhaft verstanden, bisher die Befehlsgebung sich zu Diensten zu machen...“

Wir müssen und dinst fordern und erwarten, daß demgegenüber auch scharf vorgegangen wird gegen eine Agitation und Verhegung, wie sie ihredgleichen noch niemals gefunden hat...“

Der Staat hat die Pflicht... den Längstreckten, wasserlandsliebenden Arbeiter unbedingt zu schützen gegenüber der wasserlandslofen internationalen

Sozialdemokratie, und wir werden jede Gelegenheit benutzen, um den Staat in dieser seiner Pflicht voll zu unterstützen... Die konservative Partei wird stets bereit sein, den Verbündeten Regierungen den Panzer um den Arm zu legen und das Schwert zu schärfen, wenn es gilt, gegen die internationale Sozialdemokratie vorzugehen. Der Staat hat nicht bloß die Nachtwächterrolle, die Sie ihm so gern audstieren möchten, die Erlaubnis, ins Hifthorn zu stoßen, wenn das Feuer ausgebrochen ist — sondern der Staat hat eine vorbeugende Tätigkeit zu üben; er hat zu sorgen, daß das Feuer nicht ausbreche und nicht um sich greife. Diese vorbeugende Tätigkeit erwarten und verlangen wir vom Staate.“

Man begreift die Freude und den Trost über diese Worte bei Herrn Dertel; denn die Laufbahn des Herrn von Loebell nach 1904 ist keineswegs so eine gerade und zweifellos reaktionäre wie vor 1904, sodas die konservative und die Zentrums Presse ihn jetzt auch mit sehr gemäßigten Gefühlen kommen sehen, und Herr Dertel eben deshalb höchst glücklich ist, diese reaktionärsten Perlen vorlegen zu können.

In der zweiten Periode seiner öffentlich-politischen Tätigkeit ist Herr von Loebell zweifelsohne, so wenig auch die liberale Presse wesentliche Hoffnungen darauf setzen sollte, von der Kultur mehr belebt worden, und zwischen ihm und dem abgeschobenen Herrn von D a l l w i t z klafft, vom Standpunkte der Leute um Heydebrandt und Dertel, immerhin eine merkliche Kluft. Es ist schon erwähnt worden, daß in dieser Zeit, von 1904 ab, Herr v. Loebell die Blopolitik des Fürsten Bülow mitgemacht hat, und es ist männiglich bekannt, daß er in ihr eine der ersten Weigen gespielt hat. Es braucht nur an seinen Kampf gegen die Hintertreppen-Nachtpolitik des Zentrums, im besonderen der Herren Erzberger und Koeren erinnert zu werden. Es war, auf welchem Standpunkt man

immer stehen mochte, auch ein rein ästhetisches Vergnügen, wie er im Dezember 1906 das Zentrum und dann im Februar und März 1907 ganz speziell Herrn Erzberger mit seiner Schieberpolitik an den Pranger stellte. Man begreift deshalb, wie wenig erfreut die Junker jetzt nach ihrer neuen Verbrüderung mit dem Zentrum über die Berufung des Herrn v. Loebell sind. Herr v. Loebell hat aber nicht nur politisch seit 1904 eine merkliche Schwentung gemacht, sondern auch Veranlassung genommen und aus persönlichen Gründen gesucht, sich in dem Wirtschaftsgetriebe des modernen Kapitalismus umzusehen. Er ist durch seinen Freund Helfferich, den früheren Legationsrat und späteren Direktor der Deutschen Bank, nach seinem Scheiden aus dem Staatsdienst in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank gekommen, von dort aus in weitere gut kapitalistische Aufsichtsratsstellen. Der Wind, der ihm hier um die Ohren wehte, war zweifellos ein anderer und immerhin ein modernerer, wie der in den reaktionären Gefilden seiner Vergangenheit. Wir überschätzen diese seine zweite Entwicklungsperiode nicht, und erst recht geben wir uns aus unserer ganzen grundsätzlichen Auffassung von den leßlich wirkenden Kräften in Politik und Wirtschaft nicht den Hoffnungen hin, die jetzt in der liberalen Presse auf die Berufung des Herrn von Loebell hin laut werden. Aber wir halten es für unsere Pflicht, da wir die erste Periode des Herrn v. Loebell gekennzeichnet haben, auch diese seine zweite nicht unerwähnt zu lassen. Die Sozialdemokratie ist den gehenden und kommenden preussisch-deutschen Staatsmännern gegenüber immer ohne Furcht und ohne Hoffnung gewesen: sie weiß längst, daß in keinem Lande der Welt die sozialdemokratische Partei so sehr auf sich selber angewiesen ist wie in Preußen-Deutschland.

Krieg mit Huerta.

Sonntag um 8 Uhr abends lief die Zeit ab, die die Vereinigten Staaten Huerta zur Erfüllung ihrer Forderungen gestellt hatten. Huerta hat die Forderung abgelehnt und die Vereinigten Staaten greifen nunmehr gewaltsam in die mexikanischen Wirren ein.

Der Anlaß, der zum Vorwand der bewaffneten Intervention genommen wird, ist so geringfügig, wie er nur sein kann. Am 10. April landeten einige Seesoldaten des amerikanischen Kanonenbootes „Delphin“ in Tampico, um Petroleum einzuholen. Ein mexikanischer Beamter ließ sie verhaften. Auf Intervention des amerikanischen Admirals Mayo wurden die Gefangenen jedoch sofort wieder freigelassen. Huerta entschuldigte sich in üblicher Weise bei der amerikanischen Regierung. Diese verlangte aber, daß die „beleidigte“ amerikanische Flagge durch mexikanische Truppen salutiert werde. Nach einigem Zögern willigte Huerta ein, verlangte aber, daß der Salut mit den Amerikanern gleichzeitig, Schutz um Schutz, ausgetauscht werde. Das lehnten die Vereinigten Staaten ab und deshalb der Konflikt.

Natürlich handelt es sich um ganz andere Dinge als um die Schieberei mit Plagpatronen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der Sturz des alten Diktators Porfirio Diaz durch Madero amerikanische Unterstützung gefunden hatte. Um sich dem immer stärkeren Einfluß des amerikanischen Großkapitals und namentlich des übermächtigen Petroleumtrusts wenigstens teilweise zu entziehen, begünstigte Diaz das europäische und namentlich das englische Kapital, das wertvolle Eisenbahn- und Oelfelder-Konzessionen erhielt. Das ging dem amerikanischen Kapital gegen den Strich und mit seiner Unterstützung gelang Madero der Sturz des Diaz. Doch Madero enttäuschte die auf ihn gelegten Hoffnungen; er konnte sich nicht behaupten und seit seiner Ermordung herrscht die Anarchie in Permanenz. Huerta, der gegen den Willen der amerikanischen Regierung zur Präsidentschaft kam, wurde von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt, die zuletzt offen die gegen ihn kämpfenden Revolutionäre unterstützten. Doch machten diese nur langsame Fortschritte und die Intervention wird wohl vor allem den Zweck haben, das was den Rebellen nicht gelang, den Sturz Huertas mit den Mitteln der Vereinigten Staaten herbeizuführen. In diesem Sinne wohl ist die Erklärung des Präsidenten Wilson aufzufassen, es handle sich um keinen Krieg mit Mexiko, sondern um eine Streitfrage zwischen der amerikanischen Regierung und einer Persönlichkeit, die sich Präsident von Mexiko nenne. Gelinst den Vereinigten Staaten ihre Absicht, dann wird wohl Mexiko noch mehr als je zu einer Domäne der amerikanischen Trusts — ein schönes Resultat der Politik des demokratischen Präsidenten, der sich stets so laut seiner Gegnerschaft gegen das Großkapital gerührt hat.

Der Ablauf des Ultimatus.

New York, 20. April. Huerta hat die Forderung der Vereinigten Staaten abgelehnt.

Die Botschaft des Präsidenten.

Washington, 20. April. In einer Botschaft über Mexiko ersucht Präsident Wilson heute den Kongreß um

die Ermächtigung, die bewaffneten Streitkräfte des Landes zur Aufrechterhaltung der Ehre und Würde der Nation zu verwenden.

Inzwischen ist die Flotte an beiden Küsten auf dem Wege in die mexikanischen Gewässer, bereit, die geplanten Repressalien des Präsidenten auszuführen. Zu einer formellen Kriegserklärung dürfte es nicht kommen, da die Vereinigten Staaten einer Regierung, die sie nicht anerkennen, nicht den Krieg erklären könnten. Das Kabinett tritt heute zusammen, um über eine friedliche Blockade der mexikanischen Häfen und andere Maßnahmen zu beraten. Es wird von zuständiger Seite erklärt, daß der Bruch des den Vereinigten Staaten unmöglich mache, die Ausländer in Mexiko fernertin zu schützen. Die fremden Regierungen seien von dieser Tatsache verständigt worden.

Auf eine Frage, ob er seinen Plan, Tampico und Veracruz zu besetzen, als Kriegsfall betrachte, antwortete Präsident Wilson: „Keineswegs.“

Die Pläne, um deren Gutheißung er ersuche, betrafen eine besondere Lage. Es handle sich lediglich um eine Streitfrage zwischen der amerikanischen Regierung und einer Persönlichkeit, die sich Präsident von Mexiko nenne.

Erklärungen Wilsons.

Washington, 20. April. Präsident Wilson äußerte heute Zeitungskorrespondenten gegenüber: Nehmen Sie nicht den Eindruck mit, daß wir mit Mexiko Krieg führen wollen, wir würden unter keinen Umständen gegen das mexikanische Volk kämpfen, denn wir sind seine Freunde. Ich begeistere mich nicht für den Krieg. Ich wünsche Gerechtigkeit, die gegenwärtige Lage wird vielleicht doch nicht zum Kriege führen, falls Huerta jetzt noch dem Gebot der Klugheit folgt.

Wie der Kriegsfeldrat bekräftigt, wird der Generalstabschef Generalmajor Leonard Wood im Falle von Feindseligkeiten die amerikanischen Streitkräfte befehligen.

Die Kriegsvorbereitungen.

Washington, 20. April. Strategen der Marine und Armee sind mit der Ausarbeitung von Kriegsplänen beschäftigt. Konteradmiral Fletcher ist angewiesen worden, Marinesoldaten nach Mexico City zu senden, wenn dort Unruhen entstehen. Allen auf der Fahrt nach Mexiko befindlichen Schiffen ist durch Junkspruch der Befehl zugegangen, ihre Geschwindigkeit zu erhöhen.

Wie amtlich gemeldet wird, hat Deutschland zwei Handelsschiffe gechartert, die zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Veracruz bestimmt sind.

Houston (Texas), 20. April. Die zweite Armeedivision ist in Stärke von 10 000 Mann eiligst nach Galveston beordert worden, wo Transportschiffe bereit liegen.

Washington, 20. April. Der Vorsitzende der Senatskommission für Militärangelegenheiten hat eine Bill eingebracht, durch welche dem Präsidenten fünfzig Millionen Dollar zur Veräußerung zur Verfügung gestellt werden.

Die Haltung Mexikos.

Mexiko, 20. April. Der Minister des Aeußern Rojas erklärt, es sei unmöglich, die Forderungen der Vereinigten Staaten auf bedingungslosigen Flaggenfall zu erfüllen, weil die Flagge nicht beleidigt worden sei, da sie nicht von der Parfasse geweht habe, deren Mannschaf verhaftet worden sei, weil ferner die amerikanischen Matrosen noch vor Einleitung einer Untersuchung wieder freigelassen und der für die Verhaftungen verantwortliche Offizier selbst festgenommen worden sei. Der Minister fügt hinzu, Mexiko habe nachgegeben, soweit es seine Würde gestatte. — In den Zeitungen hat der Minister des Aeußern eine Bekanntmachung erlassen, worin er die Mexikaner vor amerikofeindlichen Demonstrationen warnt.

Nach einem Telegramm aus Cuarez haben die Rebellen Befehl gegeben, sofort den Angriff auf Tampico zu erneuern. Dieser Befehl wurde mit dem Wunsch erklärt, daß die Amerikaner, wenn sie Präsident Wilsons Anordnungen durchführen, die ihnen freundlich gesinnten Rebellen an Stelle der Bundesstruppen in Tampico vorfinden sollen.

Die neutralen Rebellen.

New York, 20. April. Man erwartet, daß auf gewisse Zusicherungen von Washington hin Carranza und Villa eine strikt neutrale Haltung annehmen und sich auf den Schutz aller konstitutionellen Interessen sowie des Rebelengebiets und ihrer Häfen beschränken werden. Inbesten herrschen Zweifel, ob die Rebellenführer ihre Leute von Gewalttaten gegen Amerikaner abhalten können. Guerra soll schon einen Emissar nach Chihuahua entsandt haben, wo er angeblich eine Konferenz mit Carranza und Villa haben wird.

Wiederbeginn

der Landtagsarbeiten.

Am heutigen Dienstag tritt der preussische Landtag wieder zusammen, um sich nach Verabschiedung des Etats und Erledigung einiger Vorlagen in erster Lesung um Pfingsten herum auf den Herbst zu verlegen. Viel positive Arbeit haben die Dreiklassenmänner in dieser Session bisher noch nicht geleistet, sogar der Etat ist noch ziemlich im Rückstande. Abgesehen von einer Reihe kleinerer Etats hat der Kultusetat noch nicht die zweite Lesung passiert, von der dritten Staatsberatung im Abgeordnetenhaus und der Durchweisung des Etats im Herrenhaus gar nicht zu reden. Von den wichtigeren Vorlagen ist der Wohnungsgesetzentwurf in der Kommission in zweiter Lesung durchberaten worden, der Entwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes sowie der Entwurf eines Grundsteuergesetzes sind Kommissionen überwiesen worden, die mit der Arbeit kaum begonnen haben. Eine Reihe anderer Vorlagen, darunter der Gesetzentwurf zur Abänderung der Befoldungsordnung, die Novelle zum Landesverwaltungsrecht, die Sekundärbahnvorlage, der Entwurf eines Fischereigesetzes und der Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung von Rentenanstalten harren noch der ersten Beratung im Plenum des Abgeordnetenhauses. Die Zahl der Initiativ- und Anträge, die überhaupt noch nicht beraten sind, beträgt 40; unter ihnen finden sich die fortschrittlichen und national-liberalen Wahlrechtsanträge, Anträge auf Einführung der geheimen Stimmabgaben bei den Stadtverordnetenwahlen, der konservative Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung, der national-liberale Antrag auf Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht und Anträge betreffend den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen. Andere Initiativ- und Anträge konnten nur deshalb beraten werden, weil die Antragsteller es vorzogen, sie als Etatsresolutionen behandeln zu lassen oder weil sie mit Regierungsentwürfen gemeinsam zur Debatte gestellt wurden. Es ist das ein Verfahren, das sich auf die Dauer kaum aufrecht erhalten läßt, ein Notbehelf, zu dem man schreiten mußte, um überhaupt eine Behandlung zu ermöglichen. Daß die Grundsätzlichkeit der Beratungen darunter leidet, ist leicht ersichtlich.

Das Abgeordnetenhaus ist nicht daran schuld, daß es mit seinen Arbeiten so weit im Rückstande ist. Im Gegenteil, es hat die Sitzungen sogar ungewöhnlich lange ausgedehnt und vor und nach den Plenarsitzungen unzählige Kommissionsitzungen abgehalten. Das Zeugnis des Fleißes kann man dem Dreiklassenparlament oder besser gesagt den wenigen Abgeordneten, die es mit ihrem Amt ernst nehmen — die meistens meistens pflegen bekanntlich durch Abwesenheit zu glänzen — nicht verweigern. Wir wünschten nur, daß die Qualität der Leistungen der Quantität entspräche. Auch daß die Sozialdemokraten die Debatten ungebührlich lange aufgezogen haben, kann im Ernst niemand behaupten. Gewiß haben die Vertreter des Proletariats da, wo sie es für erforderlich hielten, in die Verhandlungen eingegriffen, gewiß haben sie sich zu fast allen Vorlagen und Anträgen geäußert und vor allem haben sie es bei der Etatsberatung an der Kritik der in Preußen herrschenden Zustände und, wo es nötig, auch an der Kritik einzelner, das System verkörpernder Personen nicht fehlen lassen, aber überflüssig waren die sozialdemokratischen Reden nicht. Im Gegenteil, sie waren sogar sehr nötig, um den herrschenden Klassen das Gewissen zu schärfen und dem Volke die Augen zu öffnen. Daß die sozialdemokratischen Reden der Regierung und ihren Sachwaltern unangenehm waren, geben wir ohne weiteres zu. Das sollte sie auch sein. Aber das berechtigt noch nicht, in der Desfunktionalität gefühllos die Meinung zu verbreiten, als ob es an den Sozialdemokraten liegt, wenn die Arbeiten des Landtages nicht gefördert werden und daß es daher eine Pflicht der Selbsterhaltung ist, wenn man im Interesse der Wahrung des Ansehens des Parlamentarismus die unbequemen Kritiker mundtot macht. Versucht hat man es ja oft genug, aber es ist den Herrschenden noch immer recht schlecht bekommen.

Nein, Schuld an der Verzögerung der Geschäfte trägt einzig und allein die Regierung, die den Landtag regelmäßig zu einem möglichst späten Termin einzuberufen pflegt und dann Geharbeit von ihm verlangt. Wiederholt hat das Abgeordnetenhaus einstimmig die Einberufung im Herbst gefordert. Die Regierung hat sich nicht daran gekehrt, natürlich nicht aus Höflichkeit gegen das Dreiklassenparlament, sondern weil es angeblich nicht möglich ist, den Etatsentwurf zeitiger fertigzustellen. In Wirklichkeit sollen die Herren Scheinräte nicht um den Genuß ihrer Sommerferien gebracht werden. Auf sie nimmt man Rücksicht, nicht aber auf die Abgeordneten und noch viel weniger auf das Volk, das doch wohl in erster Linie die strikte Beobachtung der Versammlung verlangen kann. Ist es aber ein mit der Verfassung in Einklang stehender Zustand, wenn jahrein jahraus zu Beginn des Staatsjahres der Etat

noch nicht verabschiedet ist? Das ist in Preußen ständiger Brauch geworden, aber nicht erst seit dem Einzug von Sozialdemokraten in das Dreiklassenparlament. Nein, auch schon vorher gehörte die rechtzeitige Verabschiedung des Etats zu den Ausnahmen.

Eine weitere Folge der späten Einberufung des Landtages ist darin zu erblicken, daß Initiativ- und Anträge und Petitionen fast völlig unter den Tisch fallen. Die Regierung achtet das Parlament nicht als den gleichberechtigten Faktor in der Gesetzgebung, und die Wünsche des Volkes, die in Petitionen zum Ausdruck kommen, sind ihr erst recht gleichgültig.

Das sind Zustände, wie wir sie außer in Preußen nirgends finden, Zustände, die dringend der Beseitigung bedürfen. Hierzu aber gibt es nur einen Weg, und das ist die frühzeitige Einberufung des Landtages. Weigert sich die Regierung auch ferner, diesen Weg zu beschreiten, dann trägt sie und sie einzig und allein die Verantwortung für dies verfassungswidrige Regiment in Preußen.

Preussische Fabrikinspektion 1913.

I.

Jeder neue Gewerbeinspektionsbericht liefert eine Menge Tatsachenelemente für die Rückständigkeit des Arbeiterschutzes in Preußen-Deutschland. Nun ist der Bericht der preussischen Beamten über das Jahr 1913 erschienen. Man weiß, den königlich preussischen Fabrikinspektoren ist es verboten, „soziale Klauen“ zu haben, sie müssen sich darauf beschränken, einfache Tatsachen aufzuzählen. Aber die Verhinderung kritischer Darstellung rückständiger Arbeitsverhältnisse kann doch nicht verhindern, daß die Berichte als Belege der sozialen Unkultur wichtige Anlagen gegen die herrschende Gesellschaft erheben.

Seit einigen Jahren werden in jedem Bericht einzelne Fragen etwas eingehender behandelt. Diesmal hatten die Beamten den folgenden Gegenständen größere Aufmerksamkeit geschenkt: „Geldstrafen auf Grund der Arbeitsordnungen“, „Arbeitszeit und Ueberzeitarbeit in der Großindustrie“, „Sitzgelegenheiten für Arbeiterinnen“, „Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in den Bädereien“, „Zustände der Arbeitsräume“, „Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den Bergwerken und in den Steinbrüchen mit mechanisch betriebenen Gesteinsbohrmaschinen“ sowie „Wohnungen der Arbeiter“.

Die Wichtigkeit einzelner dieser Fragen bedingt es, sie einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Im nachfolgenden sollen sie nur in einigen ihrer stärksten Merkmale gewürdigt werden.

Zunächst ist zu bemerken, daß die Revisionstätigkeit der Fabrikinspektoren noch längst nicht alle revisionspflichtigen Betriebe umfaßt. Seit 1908 hat sich der Stab der Beamten von 245 auf 332 verstärkt, die Zahl der Betriebe ist gestiegen von 103 423 auf 175 436 und die der darin beschäftigten Personen von 2 516 788 auf 3 579 771. Im Vergleich mit dem Vorjahre ist im Jahre 1913 ein etwas kleinerer Teil der Betriebe und beschäftigten Personen von den Revisionen erfasst worden. In der Gegenüberstellung mit den Ergebnissen des Jahres 1908 zeigt sich eine ganz geringe Erweiterung der Revisionen, von 49,2 auf 50,6 Proz. der Betriebe und von 80,3 auf 84,4 Proz. der Beschäftigten. Daß die Hälfte aller Betriebe von der Beaufsichtigung verschont bleibt, ist jedenfalls ein sehr großes Manko.

Nach dem Urteil fast aller Aufsichtsbeamten war der Umfang der Säterzeugung im Berichtsjahre schwächer als im Jahre vorher. Aus diesem Grunde sind auch wohl weniger Ueberschreitungen gesetzlicher Maximalarbeitszeiten und Arbeiten an Sonntagen gestattet worden. Auf der anderen Seite muß aber von einer Zunahme der Uebertretungen von Arbeiterschutzbestimmungen berichtet werden. Die Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen haben die Unternehmer in erheblicher größerer Zahl übertreten als im Jahre 1912. Trotzdem sind weniger Personen in Strafen verfallen. 1912 waren es 727, im letzten Jahre nur 659. Uebertretungen der zum Schutze jugendlicher Erlässenen Bestimmungen wurden im letzten Jahre in 6017 Anlagen ermittelt, oder 159 mehr als im Jahre 1912, trotzdem sank auch hier die Zahl der bestraften Personen von 1288 auf 1199.

In dem Maße, wie die Rechtspredung gegen Arbeiter härter und schroffer wird, scheint sie gegen gesetzesverletzende Unternehmer an Milde und Nachsicht zu gewinnen. Zu solchem Urteil reizt die Höhe der Strafen, die das Untermertum traf. Wegen Ueberschreitung der für Bädereien festgesetzten Arbeitszeit wurden Unternehmer im Regierungsbezirk Königsberg zu Geldstrafen von 8 bis 20 M. verurteilt. Mißachtung der Bestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen wird in manchen Fällen schon mit 1 M. gefühnt. 3 bis 18 M. waren die Strafen, die wegen verbotener Sonntagsbeschäftigung verhängt wurden. Zwischen 1 bis 20 M. bewegten sich die Strafen, die eine Uebertretung des Kinderschutzes als Ursache hatten. Die gleichen Strafen trafen wegen derselben Vergehen viele Bädermeister in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Allenstein. Zahlreich sind die Verstöße gegen das Kinderschutzes und die Schutzbestimmungen betr. Beschäftigung jugendlicher im Bezirk Potsdam. Wie gefährlich das für Unternehmer ist, berichtet der Beamte in einem besonderen Falle. Er schreibt: „Obgleich der Unternehmer auf dem Fabrikgrundstück wohnt, wurde trotz ausdrücklichen Hinweises auf den § 151 der SO. nur der Meister, und zwar mit 10 M. bestraft.“ In bezug auf Uebertretungen des Kinderschutzes wird weiter mitgeteilt: „Von den eingeleiteten Strafverfahren führten 230 zu einer Beurteilung in Höhe von 1 bis 10 M., einige auch zu einer höheren Strafe.“ Aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. wird berichtet: „Eine Anlage wegen Beschäftigung von Schulkindern in einer Zigarettfabrik endete mit Freisprechung, weil sowohl der angeklagte Arbeitgeber wie auch der als unbeeideter Zeuge vernommene gesetzwidrig beschäftigt gewesene Schüler in der Hauptverhandlung den Tatbestand bestritten, den sie im Ermittlungsverfahren bereits zugegeben hatten. In 29 Fällen sind Strafen von 1 bis 18 M. verhängt worden.“

Der Beamte von Stettin und Stralsund meldet, daß dort die Uebertretung des Kinderschutzes gewöhnlich 5 bis 10 M. kostete. Ein Bädermeister, der jugendliche in gesetzwidriger Weise beschäftigt hatte und die Knaben obendrein zu falschen Aussagen vor Gericht verleitete, mußte dafür ganze 25 M. auf den Altar der Gerechtigkeit opfern.

Das sind so einige Proben aus der unendlichen Fülle milder Strafen wegen grober Mißachtung des Arbeiterschutzes. Fast könnte man glauben, den Unternehmern sollte durch dergleichen Urteile zu Gemüte geführt werden: Arbeiterschutzes können ohne große Gefahren übertreten werden. Daß

sie so wirken, daß sie zu Uebertretungen direkt veranlassen, das konstatiert ein Aufsichtsbeamter von Münster also:

„Die milde Beurteilung einer umfangreichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in einigen Bädereien eines entlegenen Ortes hatte die Wirkung, daß in einem nur 10 Kilometer davon entfernten Fabrikort ebenfalls die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder eingeführt wurde.“

Unsere streiberechtigten Nordbuben und Arbeiterschutzes übertretende Unternehmer freisprechende Rechtspredung macht sich zweifellos ganz außerordentlich um die Aufklärung über den Klassencharakter der Gesellschaft verdient.

Die Eier nach billigen Arbeitskräften, die in der ungesetzlichen Ausbeutung kindlicher, jugendlicher und weiblicher Arbeitskraft zum Ausdruck kommt, veranlaßte auch eine unverhältnismäßig starke Zunahme dieser Arbeitskräfte. In den revisionspflichtigen Betrieben wurden nämlich beschäftigt:

	1908	1913	Zunahme Prozent
Kinder unter 14 Jahren	2 008	3 384	78
Jugendliche von 14—16 Jahren	167 400	280 148	67
Arbeiterinnen über 16 Jahre alt	429 782	687 784	60
Arbeiter	1 917 598	2 882 182	39

Die Zahlen liefern eine treffliche Charakteristik der kapitalistischen Ordnung. In manchen Industrien und Bezirken hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter abgenommen, Jugendliche und Arbeiterinnen wurden dagegen mehr eingestellt. Ob das Kapital die Trägerinnen zukünftigen Lebens in schwerer, gesundheitsmordender Arbeit zugrunde richtet, ob es junge Menschenknospen zerstört, zarte Blüten vernichtet, Kinderleben verunstaltet, das kümmert es nicht. In unstillbarem Geminnhunger, in ungezügelter Raffgier reißt das Kapital die billigen und willigen Arbeitskräfte in die Erwerbsfront, spottet aller Humanitätsduselei, verzehrt Kinder- und Frauenfleisch.

Wie Kinder werden auch Frauen und junge Mädchen vielfach mit durchaus ungeeigneten und verbotenen Arbeiten belastet. Aus Potsdam wird berichtet, daß Arbeiterinnen bei dem Gewinnen und Verladen von Kies beschäftigt wurden. Eisengießereien sind dazu übergegangen, das Kernmachen von weiblichen Arbeitskräften ausführen zu lassen. In Metallbearbeitungsanlagen nehmen Arbeiterinnen mehr und mehr die Plätze an Bohr- und Drehbänken ein. Der amtliche Berichterstatter bemerkt dazu: „Die Leistungen sollen bei erheblich geringerer Entlohnung die gleichen sein.“ Bei der Erörterung der Frage betreffend Beschäftigung von Sitzgelegenheiten zählt der Beamte von Frankfurt a. O. eine Reihe Beschäftigungen auf, die stehend verrichtet wurden, z. B. das Schleifen von Glas an waagrecht laufenden Steinen, das Abschneiden von Steinen am Preßisch, das Herstellen von eisernen Schrauben auf Maschinen, Möbelpolieren, Zusammenfügen von Furnieren usw. Das alles sind Arbeiten für Frauen und Mädchen! Viele Berichterstatter teilen mit, daß die Arbeiterinnen sehr oft auf Sitzgelegenheiten verzichten — weil sie in Afford arbeiten und keine Verdienstreibung durch Rücksicht auf ihre Gesundheit erleiden wollen. Die „Höhe“ des Lohnes gestattet solchen Luxus nicht. Im Bezirk Opelein wurden Arbeiterinnen beim Abbau einer Schlackenhalde beschäftigt. Der auf das Ungeheuerliche dieser Beschäftigung aufmerksam gemachte Betriebsführer gab die Antwort, das kümmere ihn wenig. In einer Großbrauerei hatten 22 Arbeiterinnen in einem Monat 659 Ueberstunden, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstießen, geleistet; auf eine der Arbeiterinnen entfielen allein 62 Ueberstunden. Das sind so einige Proben aus den zahlreichen Fällen frivoler Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft.

Politische Uebersicht.

45 000 neue Soldaten!

Der „Alldeutsche Verband“ hielt am Sonntag in Stuttgart eine Sitzung des Hauptvorstandes ab. Dabei wurde selbstverständlich wieder mächtig in chauvinistischer Eifersterei und Rüstungsbege gemacht.

Die auswärtige politische Lage wurde als überaus bedenklich geschildert. Frankreich lauert nur auf die Revanche. Mit größeren Hoffnungen denn je, denn: „an Englands Stelle hat Rußland die vorderste Kampfesreihe gegen uns bezogen.“ Also Feinde ringsum! Aber gleichwohl: wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Wir verlangen unseren Anteil an der Landraubpolitik. Wir verlangen ein großes deutsches Zentralafrika. Aber, so deklamierten die Herren weiter, wir brauchen auch eine starke und gesunde Türkei und Einfluß in Vorderasien. Und um das trotz unserer internationalen Gegner durchzusetzen, brauchen wir, so folgerie Herr Reim, noch die jährliche Wehreinsetzung von 45 000 Wehrfähigen.

Sonderbar, daß es den alldeutschen Deutschen nicht doch etwas unheimlich wird. Mit allen Nachbarn hat es die alldeutsche Kraftelei verborgen. Aber nicht genug damit, daß nach alldeutscher Ansicht Frankreich, England und Rußland unsere Feinde sind, sucht man nach Kräften auch die übrigen Nachbarstaaten, wie Dänemark, zu erbittern. Dazu kommen dann noch die inneren „Reichsfeinde“, die Polen, Dänen, Estländer und Sozialdemokraten. Und gegen all diese Feinde hat man nur das eine Rezept: 45 000 neue Soldaten! Total meschugge!

Wedels Abschied aus Straßburg.

Dem bisherigen Statthalter der Reichslande, Grafen Wedel, wurde am Sonntag aus Anlaß seines Abschiedes in Straßburg ein großer Fackelzug dargebracht, an dem ungefähr 10 000 Personen teilnahmen. In diesen Fackelzug schloß sich um 10 Uhr eine Sere-nade, die aus zwei Musikvortrügen und drei Gesangsnummern bestand, darunter das „Eislied“ von Wittberger-Kolmar. Dann hielt der Präsident des elsass-lothringischen Sängerbundes, Rechtsanwalt Dr. Jenner, eine Ansprache an das Statthalterpaar, auf die der ehemalige Graf, jetzige Fürst Wedel, in kurzer Rede antwortete.

Die Gegensätze im national-liberalen Lager.

Am Sonntag hielt der Gesamtvorstand des Reichsverbandes der Vereine der national-liberalen Jugend, wie wir schon in unserer gestrigen Nummer berichtet haben, seine angekündigte „Tagung“ ab, um zu dem Beschluß des national-liberalen Zentralvorstandes Stellung zu nehmen, der die Auflösung der innerhalb der national-liberalen Partei bestehenden Sonderorganisationen der „Alten“ und „Jungen“ verlangt. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen wird von offizieller Seite folgendes mitgeteilt:

Man war einig im lebhaften Bedauern darüber, daß der Zentralvorstand der Partei schon nach kurzem seit Jahren wiederholt sich gegen den Reichsverband der Vereine der national-liberalen Jugend sich wendet, obwohl der Reichsverband erst 1913

Gewerkschaftliches.

Scharfmachereien gegen die Maifeier.

Der Arbeitgeber-Schuhverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe, Berlin SW, Gütshiner Str. 2, erließ unter dem 16. April 1914 folgendes Rundschreiben:

An die verehrlichen Orts- und Bezirksverbände! Da der 1. Mai wieder bevorsteht, gestatten wir uns, unsere verehrlichen Ortsverbände darauf hinzuweisen, daß wir als Mitglieder der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände verpflichtet sind, die Maifeier abzulehnen!

Danach bitten wir Sie, in Ihren Mitgliedertreffen eben, durch eine Versammlung darauf hinzuwirken, daß die Maifeier nicht gestattet wird und daß das den Gesellen und Arbeitern ausdrücklich bekanntgegeben wird, unter Aufündigung einer Entlassung auf drei Tage für den Fall, daß Gesellen trotzdem am 1. Mai der Arbeit fernbleiben!

Wir bitten Sie des ferneren, die extra feiernden Gesellen und Arbeiter auf drei Tage auszusperren und uns dann unverzüglich mitzuteilen, um wieviel es sich handelt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Maifeier als Kampfmittel dienen soll gegen den „Kapitalismus“, d. h. gegen das selbständige Unternehmertum und unsere wirtschaftliche Ordnung.

Wenn aber von Arbeitgeberseite diesen Maßnahmen energisch Einhalt geboten wird, so hat sich gerade in dieser Frage noch immer ein voller Erfolg gezeigt, und zwar besonders deshalb, weil die Gewerkschaften durch die Unterstützung, die sie infolge unserer Aussperrungsmaßnahmen zahlen müssen, zu sehr belastet werden.

Wir rechnen darauf, daß diesmal in unserem Verbands die Ablehnung der „Maifeier“ energisch und konsequent durchgeführt wird.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeber-Schuhverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe. Der Geschäftsführer: Dr. F. Harnehl.

Die Angabe über den Zweck der Maifeier ist in dem Schreiben etwas sehr dürftig ausgefallen, aber vielleicht wirkt es in dieser Form gerade auf die Schlossermeister am besten. Daß die kleinen Scharfmacher es doch immer den großen gleich tun wollen, oder sie gar in der Scharfmacherei übertrumpfen. Die bald 25-jährige Maifeier sollte doch auch den verehrlichen Schlossermeistern gelehrt haben, daß gerade sie nicht die Ausgewählten sein können, ihr den Garaus zu machen.

Berlin und Umgegend.

Der Abwehrkampf der Kraftdroschkenführer.

Am Montag vormittag waren die im Kampf stehenden Chauffeure wieder vollständig im Gewerkschaftshaus versammelt. Die Streikleitung mitteilte, daß sich die Situation seit der letzten Versammlung nicht verändert; sie ist nach wie vor für die Streikenden günstig. Es ist kein Anlaß vorhanden, an der bisherigen Taktik irgend etwas zu ändern. Da bis jetzt noch nicht bekannt geworden ist, daß von den in Aussicht gestellten Unterstützungen der Großbetriebe den bestreikten Kleinunternehmern etwas zugeflossen ist, so muß angenommen werden, daß sie auch nichts erhalten, also vergebens auf Unterstützung gehofft haben.

In der ziemlich ausgedehnten Diskussion kam ohne Ausnahme der feste Wille zum Ausdruck, den Kampf unerschütterlich durchzuführen. Unter anderem wurde betont, daß man in unbedingten Kreisen rütmunter die Meinung häre, es handle sich bei diesem Kampf nur um eine Vagante. Das sei aber ein Irrtum, denn wenn es den Unternehmern gelänge, die jetzt geplanten Abzüge durchzuführen, dann sei zu befürchten, daß sie auch eine Herabsetzung des Prozentanteils der Chauffeure an

den Einnahmen durchzuführen versuchen würden. Dem müsse mit aller Energie vorgebeugt werden.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, welche besagt, daß die Streikenden im Kampf auszuhalten werden, auch wenn er sich längere Zeit hinziehen sollte und daß der Kampf erst dann abgebrochen werden kann, wenn die Unternehmer den Transportarbeiterverband anerkennen und keinen Pfennig von dem bisherigen Lohn abziehen.

Die nächste Versammlung findet am Mittwochvormittag statt.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Geperzt sind folgende Grabsteingeschäfte: Stahl u. Herzog, Reufölln, Hermannstr. 196; Breitkreuz, Reufölln, Bergmannstr. 73 und 122; Wolf, Kottbuscher Damm 77; Reumann, Friedrichsfelde, Am Zentralfriedhof; Schröder u. Laurin, Friedrichsfelde, Am Zentralfriedhof; Krause, Berlin, Adersstr. 38; Köppler, Berlin, Am Bahnhof Gesundbrunnen; Bräuer, Berlin, Bahstr. 9; Poppe, Pantow, Wollankstraße; Heimlich, Nordenb; Vogt, Hohenschönhausen; Spielvogel, Purps Nachf., Landsberger Allee 151; Weitschke, Landsberger Allee 17; Racher, Westend, Neuer Fürstentruuner Weg; Lange, Schöneberg, Markstraße; Lüben, Wilmersdorf, Berliner Straße; Jenker, Berlin, Bergmannstr. 53; Schneider, Berlin, Bergmannstr. 69; Jankhe, Bergmannstr. 70; Baber, Diefenstr. 10.

Deutsches Reich.

Material für die Terrorismusschreiber.

Der „Oberst. Volkszeitung“ ist ein vertrauliches Rundschreiben auf den Tisch gekommen, das der Vorsitzende des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter an seine Mitglieder versandt hat und das einen interessanten Einblick in die geheime Werkstatt der Scharfmacherterroristen gewährt. Die Verbandsfirma Adolf Koesle in Gos a. d. E. hatte den ihr „migliedlig“ gewordenen Deber Christian Schmidt entlassen, sich aber nicht damit begnügt, sondern andere Firmen vor ihm gewarnt. Als Schmidt bei einer anderen Firma um Beschäftigung nachsuchte, wurde ihm solche auch zugesagt und er ins Hauptkontor geschickt, um seine Invalidenkarte abzugeben. Dort aber erhielt er vom Portier den Bescheid, der Direktor habe erklärt, daß er Schmidt nicht einstellen könne, weil er von der Firma Koesle „gemeldet“ worden sei. Von einer anderen Firma wurde Sch. hierauf eingestellt und an freie Stühle gestellt, aber nach einigen Stunden sagte man ihm, seine Einstellung sei auf einen Irrtum zurückzuführen, und er wurde unter Abfindung mit 2 M. wieder entlassen. Er schloß daraus auf das Bestehen schwarzer Listen und klagte gegen die Firma Koesle wegen Existenzlosmachung. Die Firma wandte sich darauf an den Arbeitgeberverband, der den Fall zum Anlaß nahm, in dem oben erwähnten Rundschreiben eine ausführliche „Rechtsbelehrung“ an seine Mitglieder ergehen zu lassen. Es wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Herausgabe schwarzer Listen an sich nicht gegen ein Gesetz, auch nicht gegen die guten Sitten verstößt, nur in der Art, wie dabei verfahren wird, könne unter Umständen eine unrechtmäßige Handlung im Sinne des § 226 des B. G. B. liegen. Der Verband gibt keine schwarzen Listen, sondern nur „Warnungen“ vor Einstellung gewisser Personen heraus, zu deren Beobachtung eine sätzungsgemäße Verbindlichkeit nicht besteht. Nur im Streikfall sind die Mitglieder sätzungsgemäß verpflichtet, Streikende nicht einzustellen. Es folgen dann Anweisungen, wie man sich zu verhalten hat, um in Schadenersatzprozessen wegen der Warnungen nicht zu unterliegen. Es sind tatsächliche Unterlagen dafür beizubringen, ob der Betroffene in einer die Ordnung im Betrieb gefährdenden Weise als Geher aufgetreten ist und daß er Zeitungartikel gegen die Firma unter Erstellung der Tatsachen geschrieben oder inspiert hat. Ein zweiter Weg wäre, die Streiksumme zu bezahlen für den Fall, daß die Führung des Prozesses mit Rücksicht auf die sich daran knüpfen-

den Erörterungen in der Öffentlichkeit oder mit Rücksicht auf die geschäftlichen oder lokalen Verhältnisse unangenehm oder schädlich erscheinen kann. Diesen Weg hat im vorliegenden Fall die Firma eingeschlagen. Der Arbeitgeberverband bezeichnet diesen Vorgang als einen Beweis dafür, welche große Unannehmlichkeiten einer Verbandsfirma ohne alle ihre Schuld dadurch erwachsen können, wenn die hinausgegebenen Warnungen nicht mit der erforderlichen Vorsicht behandelt werden. Da jede Firma des Verbandes in die gleiche Lage kommen könne, hätten alle das gleiche Interesse an der geeigneten Geheimhaltung und vorzüglichen Behandlung der Warnungen. Die Mitglieder werden daher dringend ersucht, in ihren Betrieben Maßnahmen zu treffen, daß die Existenz der Warnungen geheim bleibt und daß von ihnen nur solche im Betrieb tätige Personen erfahren, die absolut zuverlässig sind und zum vorsichtigen Verhalten Dritten gegenüber angewiesen sind. Es wird auch auf die Gefahr verwiesen, daß durch die öffentlichen Erörterungen, die sich an Prozesse wegen schwarzer Listen knüpfen, die Befestigung von den politischen Parteien zum Verbot solcher Listen gedrängt wird. Hierzu keinen Anlaß zu geben, hätten die Arbeitgeber allen Grund.

Das Rundschreiben bedarf keiner weiteren Beleuchtung, es spricht für sich selbst und nimmt wieder einmal den Schreibern über den Arbeiterterrorismus die heuchlerische Maske vom Gesicht!

Die Lohnbewegung im Brauergewerbe Harburgs ist jetzt mit gutem Erfolge beendet. An Lohnerhöhungen während der vierjährigen Tarifdauer wurden 1—5 M. pro Person und Woche erreicht. Die Lohnsätze wurden für das Winterhalbjahr von 8 auf 8 1/2 Stunden verfürzt, nach dem zweiten Tarifjahr auf 8 1/2 Stunden, für das Maschinenpersonal auf 8 Stunden festgesetzt. Erfolg zum Ablauf der vierjährigen Tarifdauer die Kündigung des Tarifs nicht, so tritt für das nächste Tarifjahr eine allgemeine Lohnzulage von 1 M. wöchentlich ein und die Arbeitszeit wird für das Winterhalbjahr auf 8 Stunden täglich verfürzt.

Achtung, Hiesigen! Trotz des im vorigen Jahre zum Abschluß gebrachten Tarifvertrages für das Hiesigenlegergewerbe zu Nürnberg-Gürth, versuchten die Unternehmer, sich über die tariflichen Bestimmungen hinwegzusetzen. Die ständige Erbitterung, die dadurch unter den in diesem Berufe tätigen Arbeiter hervorgerufen wird, gab des öfteren Veranlassung, die Arbeitgeber auf die Anerkennung und Einhaltung der tariflichen Bestimmungen hinzuweisen. Da nun bis zur Zeit von den Unternehmern die volle Anerkennung des Tarifs noch nicht zu erzwingen war, sah sich die Sektion der Hiesigenlegere veranlaßt, über die Firmen Lotties, Spath, Schmid und Sankel (Vertreter Schneider) die Sperre zu verhängen. Vor Jung wird gewarnt. Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Nürnberg-Gürth. Sektion der Hiesigenlegere.

Der Unternehmerverband für das Wagenangewerbe in München hat den bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Die Kündigung, die dem Gewerkegericht zugeht, enthält zugleich die Mitteilung, daß der Unternehmerverband die Absicht habe, das Tarifverhältnis nicht mehr zu erneuern. Die Unternehmer suchen in ganz Deutschland Arbeiter. Vorsicht bei Arbeitsangeboten ist also sehr zu beachten.

Ein Streik der Spektationsführer in Mannheim machte sich im Güterverkehr sogleich sehr empfindlich bemerkbar. Die Unternehmer erklärten sich daher bald bereit, über die schwebenden Differenzen zu verhandeln. Darauf wurde der Streik, an dem etwa 200 Arbeiter beteiligt waren, am Sonnabend zunächst beendet. Zugestanden haben die Fuhrwerksbesitzer eine Lohnerhöhung von 1,50 M. wöchentlich und weitere 50 Pf. für einen noch festzusetzenden späteren Termin. Die Eisenbahn-Betriebsinspektion machte bekannt, daß sie wegen des Ausstandes der Fuhrleute die Zufuhr der Frachtfähigkeiten selber übernehmen habe. Eine gleiche Bekanntmachung hatte auch die Direktion Mainz für die mit der preussisch-besetzten Bahn in Mannheim anstehenden Güter erlassen. Tatsächlich haben am Sonnabend auch schon Bahnarbeiter einige Fuhrer befragt.

Paul Heyeses letzte Komödie.

Die unzerstörbare Fruchtbarkeit Paul Heyeses hat auch den Tod überstanden. Nach seinem leiblichen Ende, aber dem blumenprangenden Grabe, ist seine einzige Komödie großen Stils entstanden. Der Leichnam lebte und sammelte seine Freunde und Gönner als handelnde Personen einer prächtigen Komödie.

Schon vor seinem Begräbnis begann die Komödie. Es ergab sich, daß der Liebling der Götter und Gottesgnädlinge verfürzt hatte, daß er ohne geistlichen Beistand der Erde übergeben würde. Das war ein harter Schlag für diese kirchlich neugeborene Welt. Die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, das den Geliebten mit Orden und Adel honoriert hatte, verzichteten ersichtlich auf persönliche Mitwirkung an dem sündhaften Leichenbegängnis des Münchener Ehrenbürgers.

Dann aber brach Grählisches hervor. Dieser brave Staatsbürger Paul Heyese, der Getreue der Tafelrunde des seligen Königs Max ist ein Förderer allen Umsturzes gewesen; sein berühmter und unverdächtig Name wurde unter dem Sozialistengesetz als Dedresse für die Verbreitung verbotener Literatur, durch Vermittlung des jungen Schoenlant, benutzt. Daß Freund Schlüter, der diese sozialistengesetzliche Erinnerung erzählt, einem Irrtum verfallen sein könnte, ist ausgeschlossen, denn Schlüter mußte als Leiter der Züricher Wachhandlung die Dedresse kennen.

So gar ungebeuerlich wäre nun solcher Liebedienst Paul Heyeses nicht. Jeder anhängige Mensch mußte den durch das infame Ausnahmegesetz Antretenden, wenn es in seiner Macht stand, helfen. Und im Grunde sollten solche Dienste bei einem Schriftsteller ganz selbstverständlich sein, dessen stiltliche Berufspflicht es war, gegen die gewalttätige Unterdrückung literarischer Erzeugnisse sich aufzulehnen. Eine ähuliche Bemerkung hätte man in der liberalen Presse lesen sollen, wenn sie es für notwendig hielt, das Verhalten Paul Heyeses zu erklären.

Die bürgerliche Gesellschaft reagierte aber ganz anders auf die entsetzliche Enthüllung. Sie skandalisierte über die Verdächtigung des toten Dichters, und was ihm zur Ehre gereichte, erdichten ihr als böshafte Verleumdung. Das war untraglich; eben erst hatte man monneihauernd über den Huldigungskranz des deutschen Kaisers berichtet, und nun sollte diese Ehre einen Unwürdigen getroffen haben, der sich am Schriftenschnuggel unter dem Ausnahmegesetz beteiligt? Man lief zur Witwe und diese warf nicht etwa die Aufdringlichen mit dem Bescheid hinaus, daß ihr Name, als ein liberaler Charakter, selbstverständlich ein Gegner jeder Gewalttat gegen geistige Bewegungen gewesen sei, sondern sie verdrückte, es sei kein wahres Wort an der Geschichte, ihr Paul habe sich niemals „um solche Dinge“ gekümmert. Dem Vertreter eines liberalen Münchener Blattes hat sie sogar erklärt, sie sei „aufs tiefste über diese Veröffentlichungen empört.“ Allerdings hat sie zugegeben, daß Bruno Schoenlant persönliche und briefliche Beziehungen zu Paul Heyese gehabt habe. Aber höchstens könne er einen einzigen Brief aus Liebendwürdigkeit, ahnungslos, um was es sich handelte, weiter befördert haben. Und dann sprach die Witwe diesen Nachruf auf ihren Gatten, der wohl nur in dem unsterblichen deutschen Schilda, sonst aber in keinem Lande der Erde für rühmlich gehalten werden dürfte:

„Ich habe bereits an den Verwalter des literarischen Nachlasses meines Mannes, Herrn Dr. Peyer, geschrieben, er solle die Tagebücher, in denen mein Mann jeden Besuch, jeden Brief bemerkte, kurz, genau über jeden Tag Buch geführt hat, einer Durchsicht unter-

ziehen. Ich werde die gesamte Korrespondenz von 1870 bis 1890, die ja für diese Sache in Betracht kommt, revidieren, und werde dann an der Hand dieser Erhebungen beweisen, daß an den Mitteilungen Schlüters nichts Zutreffendes ist. Wenn man jetzt versucht, das Andenken meines Mannes dadurch bei seinen Gegnern in ein solches Licht zu stellen, indem man ihn als geheimen Umstürzler und als sozialistischen Mithelker bezeichnet, so ist das ein wenig rühmliches Beginnen. Mein Mann hat sich niemals mit Politik beschäftigt, er hat selbst oft genug betont, daß er sich in Politik nicht einmische, da er von Politik nichts verstehe.“

So viel Nähe, um den Nachweis zu führen, daß niemals Heyese gewagt hätte, ein Mann zu sein! Und zudem eine überflüssige Arbeit ohne jede Beweiskraft. Denn so leichtsinnig wird Paul Heyese jedenfalls nicht gewesen sein, in den nicht ungefährlichen Polizeijahren des Sozialistengesetzes sorgfältig zu buchen, wann er sich eine strafbare Handlung zu schulden kommen ließ.

Die Gegner Paul Heyeses, die durch diese wissenschaftliche Untersuchung verhindert werden sollen, den Dichter in ein solches Licht zu stellen, sind die kirchlichen Kinder dieser und jener Welt. Der „Bayr. Kurier“ hatte nämlich triumphierend geschrieben:

„Es ist begreiflich, daß diese Enthüllungen das größte Aufsehen zu erregen geeignet sind. Könige und Fürsten und Mächtige im Reiche der Wissenschaft, der Kunst und Politik haben bei dem Ableben des Dichters dem Toten den Tribut höchster Anerkennung und Verehrung gezollt, und nunmehr stellt sich heraus, daß dieser lange Zeit ein heimlicher Förderer und Gönner der sozialdemokratischen Umstürzbewegung gewesen ist, und zwar zu einer Zeit, wo darauf die Strafe des Geistes stand.“

Und dieses Organ einer Partei, die einst genau wie die Sozialisten auf die Ausnahmelegere der Kulturkampfszeit pfiff, fügt die geschäftliche Anwendung hinzu: „Ein Beweis, welche unsicheren Kantontisten diese liberalen Kreise sind, die nach außen um Hofgunst werben und sich in ihr wohl fühlen und behaglich können, heimlich aber mit den Thronumstürzern paktieren und ihnen bewußt oder unbewußt Hehlerdienste leisten.“ Das schwarze Blatt tut den Liberalen in doppelter Hinsicht unrecht. Niemand hat behauptet, daß die Sozialisten mit Paul Heyese irgend welche politische Gemeinschaft gehabt hätten. Dann aber sind die Liberalen überhaupt nicht so, sondern vielmehr ganz anders, nämlich so:

Ich glaub' an das allmächtige Gold und seinen Weltschmerz Sohn, den man den Gulden nennt; An Weisheit, Amtesgehalt und den Dreieimen, Heiligen Konto-Korreat.

Ich glaub' an Stabentbescheid, Restrikt und an den Thron, der mir ein Ansehen gibt.

Ich glaub' an Raub, Misset, Zoll und Steuern, An den Kataster auch und seine Stippe.

Ich glaube, daß mein Kreuz nie wundzugesuere, Ich glaub' an Stall und Strippe.

Und bete zu den Heiligen spät und frühe Des Tages, wo ich mein Gehalt beziehe.

So hoff' ich, soll mir's mit der Zeit gelingen, Ganz leicht die höchsten Ehren zu erwerben, Vielleicht selbst in den Adelsklub zu dringen Und endlich sanft zu sterben.

Als Steuertrat, ein „von“ vor meinem Namen Und mit dem Ritterkreuz im Anopfloch. Amen.

Das wird dann der passende Schluß der posthumen Komödie sein, daß der Familienbiograph Heyeses auch gleich den Auftrag erhält, unendlich nachzuweisen, daß die vorstehenden Verse Guitis nicht aus der Feder Paul Heyeses geflossen seien, der auch niemals, wie schamlose Verleumder bisher mit Erfolg behauptet haben, nicht nur das zitierte Gedicht Guitis, sondern mit besonderer Vorliebe und großer Kunst zahlreich gerade die revolutionärsten zeitgenössischen Dichter Italiens ins Deutsche übertragen und dadurch den Anstürzern aller göttlichen und weltlichen Autorität froch Vorwurf geleistet habe. Vielmehr habe er sich um solche Dinge niemals bekümmert. . .

Röntgenstrahlung als Ersatz für Radium. Von den Beisitzeren in Frankfurt a. M. sind seit längerer Zeit Versuche unternommen worden, die wirksame Strahlung des Radiums „künstlich“ zu erzeugen. Der leitende Ingenieur F. Dessauer berichtete darüber nach der „Frank. Ztg.“:

Die Möglichkeit für einen solchen Ersatz des Radiums ist dadurch gegeben, daß an und für sich die Radiumstrahlung mit der Röntgenstrahlung prinzipiell gleichartig, nur sehr viel durchdringungsfähiger ist. Auf dieser größeren Durchdringungsfähigkeit der Strahlung beruht die günstige Heilwirkung der Radiumstrahlung gegenüber der Röntgenstrahlung bei tiefliegenden Krankheiten, wie beim Krebs u. a. Da gegen ist die Radiumstrahlung bei den geringen zur Verfügung stehenden Mengen sehr schwach. Eine Röntgenröhre liefert viele tausendmal mehr Strahlen als ein noch so großes Radiumpräparat. — Die Arbeiten waren schließlich von Erfolg gekrönt und es gelang, in Röntgenröhren durch besondere Versuchsanordnungen Strahlen zu erzeugen, die das menschliche Gewebe fast ebenso durchdringen wie die Radiumstrahlen und die etwa zwanzigmal so durchdringungsfähig sind wie die gewöhnliche Röntgenstrahlung und teilweise ganz nahe an die Durchdringungsfähigkeit des Radiums herankommen. Eine Röntgenmaschine, die derartige Strahlen liefert, ersetzt Radium im Werte von mehreren Millionen Mark und verhilft die Strahlentherapie so, daß sie allgemein zur Anwendung gelangen kann, während jetzt ja die Radiumtherapie sehr wenigen Kranken zugänglich ist. Dessauer ist aber trotz dieser Entdeckung der Ansicht, daß das Radium und Mesothorium nie aus dem Heilschatz der Medizin verschwinden werden, weil es vermöge der Kleinheit der Präparate in Körperhöhlen innerlich zur Anwendung gelangen kann, während es seiner Ansicht nach bei der äußeren Anwendung gänzlich durch die neu entdeckte radiumähnliche Röntgenstrahlung ersetzt wird.

Die wissenschaftliche Nachprüfung wird entscheiden, ob das interessierte Urteil des Ingenieurs berechtigt ist.

Humor und Satire.

Auf Korfu.

Wer es vermag, erholt den Körper Von des Berufes Last und Weh, Indem er teilweis „up de Dörp“ sich foridegibt, teils an die See.

Doch das auch, was den Geist anregt, In Prosa und auch mal im Reim, Lächelt man selbst in der Lungenpflege, Weil sich's nicht ziemt, nicht gern daheim.

Buchmacher und Gendarmen.

In der gestrigen Verhandlung gegen die der passiven Bestechung angeklagten Gendarmereiwachmeister Haneberg, Sudland und Erleben wiederholte sich das bisherige Bild der Beweisaufnahme. Die meisten der als Zeugen vernommenen Buchmacher verweigern die Aussage, ob sie Gendarmen Geld gegeben haben, andere bekunden, daß Buchmacher vom Ring den Beamten Gelder gaben, können aber bestimmte Einzelheiten nicht angeben.

Ein Zeuge wird auf einer Krankenbahn in den Verhandlungsraum getragen. Es ist dies Kelle, der unter dem Namen „der Doktor“ auf den Rennplätzen bekannt ist. Der Zeuge hat niemals buchgemacht, sondern nur gewettet. Er ist mit den Verhältnissen auf der Rennbahn sehr vertraut. Kelle bestritt, daß ihm irgendein Buchmacher für Gendarmereibeamtete Gelder gegeben hat. Auch will er nicht Zusammenkünfte zwischen Buchmachern und Beamten vermitteln. Es ist von anderer Seite die Behauptung aufgestellt worden, daß der „Doktor“ gewissermaßen als Mittelsperson für Buchmacher und Gendarmereiwachmeister galt. Der Zeuge bestritt dies. Der Buchmacher Teuerlauf habe dem Kelle einmal gesagt, wenn es zur Verhandlung gegen den Wachmeister Klauer kommen sollte, dann werde er die Sache so drehen, daß dem K. nichts passiere. Auf die Frage, ob der Zeuge Kelle den Frauen der Gendarmen Taschen usw. geschenkt habe, bestritt dies K. Er hat nach seinen Bekundungen die Taschen an die Frauen verkauft, denn er handelt mit dergleichen Gegenständen. Mit den Frauen der Angeklagten hat der Zeuge niemals etwas zu tun gehabt.

Der Zeuge Hermann Teuerlauf macht bezüglich des Angeklagten Sudland eine Anleihe. Er bekundet, er habe einmal in Blumenstadt dem Gendarmereiwachmeister Sudland getroffen und ihm gesagt:

„Entweder nehmen Sie mich in den „Ring“ auf, oder es passiert etwas. Ich sage Ihnen, Sie werden keine Freude haben, wenn Sie nicht wollen! Sudland erwiderte darauf, er solle ihn nicht anpöbeln, er sei privat da.“

Der Angeklagte Sudland bestritt dies und erklärt, die Sache habe sich anders abgepielt. Der Bruder des Teuerlauf bekundet, er habe einmal gehört, wie ein Buchmacher sagte, ein Beamter „nehme wie Wasser“. Es sei ein öffentliches Geheimnis gewesen, daß die Sache auf den Rennbahnen nicht mit rechten Dingen zugehe. Dem Buchmacher Saballa wurde einmal, als er gekommen und vorgeführt wurde, sein Geld abgenommen. Ein Beamter habe ihm dann das Geld wieder zurückgebracht, doch habe etwas daran gefehlt. Der Bruder des Teuerlauf erklärt zu dieser Angelegenheit, daß es sich um den Buchmacher Feitrich handle.

Die Ehefrau des Zeugen Friedländer ist häufig mit ihrem Mann auf der Rennbahn gewesen und hat ihn unterstützt. Die Zeugin bekundet, daß es Tagesgespräch gewesen sei, daß sich die Angeklagten hätten Geld geben lassen, Beweise habe sie aber nicht. Ihr Mann habe ihr gesagt, die drei Angeklagten brauche sie nicht zu fürchten. Ueber bestimmte Bestechungen vermag die Zeugin nichts auszusagen. Der Buchmacher Savalla bestritt, einem Beamten Geld gegeben haben. Er will den Zeugen Teuerlauf, der behauptet, S. habe einem Beamten ein Zwanzigmarkstück gegeben, gar nicht kennen. Demgegenüber bleibt T. bei seinen Angaben; S. habe ihm einmal gesagt, er müsse heute noch ein Hundstück hergeben. S. bestritt, weder Haneberg noch Sudland noch Erleben jemals Geld gegeben zu haben.

Die dann als Zeugen vernommenen Beamten der Gendarmerie können nichts Verlässendes bekunden.

Die Sitzung wird auf Mittwoch verlag.

Jugendbewegung.

Jugendhausforderungen.

Weitgehende und vernünftige Forderungen für den Jugendklub sind am 18. April auf der Tagung des Bezirksausschusses für Jugendpflege im Regierungsbezirk Arnberg gestellt worden. Ein Medizinalrat Dr. Schneider erörterte die Krankheiten der Jugendlichen, die als Folge des Berufs anzusehen sind, und empfahl als Gegenmaßnahmen zur Verhütung von Krankheiten die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre, Einrichtung eines freien Spielfelds, Verkürzung der Arbeitszeit und einen jährlichen vierzehntägigen Erholungsurlaub, Einführung eines ärztlichen Ueberwachungsdienstes. Ferner sei notwendig die Einführung eines leichten Sports, Aufklärung der Jugendlichen über gesundheitschädliche Fragen, insbesondere der Hinweis auf die Schädigungen des Alkohols und des Tabaks.

Das sind Forderungen, die, soweit sie gesetzgeberische Maßnahmen verlangen, von der Sozialdemokratie seit langem angestrebt werden. Soweit sich die Forderungen auf Sport und gesundheitliche Aufklärung beziehen, sind sie in der freien Jugendbewegung bereits verwirklicht.

Die bürgerliche Jugendpflegekonferenz hörte den Vortrag mit sehr gemischten Gefühlen an, denn die weislichen Teilnehmer wählten ganz genau, daß für so weitgehende Forderungen die beiden Hauptinteressenten der bürgerlichen Jugendpflege, Kapitalistenklasse

und Staat, nicht zu haben sein werden. In eine einstimmig angenommene Entschlieung kam deshalb von diesen vernünftigen Forderungen so gut wie nichts. In dieser Entschlieung wird nur eine regelmäßige ärztliche Ueberwachung der schulentlassenen männlichen und weiblichen Jugend und deshalb Anstellung von Ärzten, vornehmlich für Fortbildungsschulen, verlangt.

Fortbildungsschullehrer gegen den hurratriotischen Jugenddrill.

An den Osterfeiertagen fand in Schweidnitz der vierte schlesische Fortbildungsschullehrertag statt, der sich u. a. auch mit der Jugendpflege beschäftigte. In einem Referat über diese wurde hervorgehoben, daß die edelste Form der Jugendpflege Wanderungen seien. Es wurde betont, daß die Ausbildung des Geistes und des Gemütes, die Förderung und Stärkung körperlicher Kraft, die Liebe zur Heimat und kameradschaftlicher Sinn nur durch sachgemäß arrangierte Wanderungen in die Natur erreicht werden kann. Diese Ausführungen wurden nicht nur von allen Diskussionsrednern fröhlich unterstrichen, sondern alle wandten sich auch noch scharf gegen die heut allgemein übliche und von der Regierung sowie den hurratrioten mit allen Mitteln geförderte Kasernen- und reglementsmäßige Art der bürgerlichen Jugendpflege.

So wuß es kommen! Trotzdem werden sich die Oberpatrioten nicht abhalten lassen, ihr Ziel, die Jugend durch Kriegsspiele und Schlachten weiter verrothen zu helfen.

Kein Versammlungsrecht in Königsberg. Nach der Jugendtschlacht in Königsberg, die am 5. April die Polizei veranstaltete, sollte am Sonntag, den 19. April, eine Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus stattfinden. Arbeitersekretär Krüger wollte einen Vortrag über den „Jungdeutschlandbund“ halten. Die Versammlung war stark besucht, doch als sie der Versammlungsleiter eröffnen wollte, stand der Polizeibeamte auf und erklärte, daß der Polizeipräsident die Versammlung als eine politische ansehe. Der Polizeibeamte forderte deshalb alle Personen unter 18 Jahren auf, den Saal sofort zu verlassen. Er fügte hinzu, daß derjenige, der sich den polizeilichen Anordnungen nicht füge, gewaltiam entfernt und bestraft werden würde. — Unter diesen Umständen war die Abhaltung der völlig unpolitischen Versammlung unmöglich. Die Versammelten mußten aus dem Saal gehen. In einem Nachbarhause war ein starkes Polizeiaufgebot untergebracht; es erhielt jedoch keine Gelegenheit zum Einschreiten. Auf diese Weise wird der Arbeiterjugend in Königsberg das Versammlungsrecht vollkommen genommen.

Soziales.

Sächsischer Krankenkassenangekellertag.

Chemnitz, 19. April.

Die Landeskonferenz der Krankenkassenangeestellten Sachsens tagte heute im Galtshaus zur „Linde“. Kassen aus allen Teilen Sachsens waren vertreten. Zu dem Punkte der Tagesordnung: „Ruhegehaltberechtigte Anstellung oder nicht?“ führte Brante-Leipzig u. a. aus: Das Ziel der Ruhegehaltberechtigten Anstellung geht dahin, die Kassen unter die Fuchtel der Staatsbureaufkrante zu bringen und für Militärärzte gute Stellen zu schaffen. Die Staatsbeamtenchaft nimmt den Angeestellten die Aktionsfähigkeit und den Kassen das Selbstverwaltungsrecht; sind doch schon hier und da Leutnants a. D. in leitende Kassenstellen untergebracht und andere Militärärzte angestellt worden. Nur die unteren Stellen sollen den Angeestellten bleiben, für die die Pflicht der Offenbarung ihres Vorlebens eingeführt und denen das Koalitionsrecht genommen werden soll. Ist doch auch von einem preußischen Oberregierungsrat ausgesprochen worden, daß den Angeestellten jede politische Betätigung bei Androhung von Disziplinarstrafen verboten werden soll, die den Uniform der staatlichen Ordnung bezweckt. So man damit hinaus will, das zeigen die Maßregelungen von Bürgermeistern und Lehrern. Diese Gefahren abzuwenden, besteht kein anderer Weg, als auf die Ruhegehaltberechtigten Anstellung zu verzichten. Das ist gewiß bitter, erscheint aber notwendig. Auch außerhalb der Kasse kann für das Alter der Angeestellten im Verein mit den Kassendirektoren gesorgt werden, die das größte Interesse an der Erhaltung des Selbstverwaltungsrecht haben. Die Berliner Kollegenschaft hat in stark besuchter Versammlung schon denselben Standpunkt eingenommen. Die Krankenkassenvereine müssen nur genügend informiert werden; desgleichen die Gewerkschaftsartelle. Unsere Forderungen durchzubrüden, ist notwendig und mit Hilfe des Verbandes möglich. Dieser muß gestärkt, der letzte Mann des neuen Buchwaches muß ihm angegliedert werden. Der Verband ist politisch neutral, er arbeitet nur für die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.

Nach lebhafter Aussprache gelangte folgende Resolution gegen eine Stimme zur Annahme:

Die von 230 Angeestellten aus 50 Ortskassen der Ortskrankenkassen Sachsens besuchte, im Galtshaus „Linde“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Insbesondere erklären die Anwesenden im Prinzip, daß ihnen an der Uebertragung der Rechte und Pflichten als Staats-

und Gemeindebeamten nichts liegt und sie jede Regelung der Ruhegehaltfrage ablehnen, die damit verbunden ist.“

Beschäftigung von Buchmacherinnen am Sonnabend.

Wegen Uebertretung der Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung war Herr Bänisch in Kottbus verurteilt worden. In zweiter Instanz verblieb es bei der Verurteilung wegen unberechtigter Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonntag, die in seinem Buchgeschäft erfolgt sei. Dagegen wurde der Angeklagte freigesprochen von der Anklage der Uebertretung des § 137 Absatz 1 und 2 der Gewerbeordnung, wo unter der Voraussetzung, daß es sich um einen Betrieb im Sinne des § 134i handelt, bestimmt ist: „Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und am Sonnabend, sowie am Vorabende der Festtage nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden.“ Die Beschäftigung von Arbeiterinnen darf die Dauer von 10 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 8 Stunden, nicht überschreiten.“

Das Landgericht führte aus: Allerdings seien hier in dem Buchmachereigenschaft des Angeklagten Buchmacherinnen am Sonnabend länger beschäftigt worden. Die zitierte Bestimmung könne aber nicht Anwendung finden, weil es sich nicht um einen Betrieb gemäß § 134i handle, der bestimme: „Auf Betriebe, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiterinnen beschäftigt werden, finden, unbeschadet des § 133h, die nachfolgenden Bestimmungen der §§ 133 bis 133aa Anwendung.“ Mit zwei Direktorinnen und zwei kaufmännisch tätigen weiblichen Personen seien in dem Betriebe zwar über 10 Personen beschäftigt, sowohl die Direktorinnen wie die kaufmännischen Angestellten mühten aber für die Beschäftigung, ob in der Regel mindestens 10 „Arbeiterinnen“ beschäftigt seien, auscheiden. Ohne diese Personen seien in der Regel aber weniger als 10 Personen in dem Buchmachereibetriebe des Angeklagten beschäftigt. Somit könne keine Verurteilung auf Grund des § 137 Absatz 1 und 2 erfolgen.

Das Kammergericht hat jetzt auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Entscheidung des Landgerichts auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde unter anderem ausgeführt: Wenn es sich auch nicht um einen Betrieb im Sinne des § 134i der Gewerbeordnung handle, so habe wegen der längeren Beschäftigung am Sonnabend doch nicht ohne weiteres Freisprechung erfolgen können. Die Strafkammer habe übersehen, daß die Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1897 in der Fassung vom 17. Februar 1904 hier zur Anwendung kommen könne. Danach dürften, ohne daß es auf die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ankomme, in Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderhüte befestigt (garniert) würden, Arbeiterinnen am Sonnabend wie am Vorabend der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr beschäftigt werden. Diese Verordnung bestimme ferner auch nach dem Inkrafttreten der letzten Novelle zur Gewerbeordnung.

Das Risiko der Arbeit.

In einer einzigen Nummer eines kleinen neumärkischen Lokalklätters werden kurz hintereinander drei Todesfälle im Beruf gemeldet. In den Rüdersdorfer Kalkwerken verunglückte ein vierundzwanzigjähriger Elektromonteur König aus Reudamm, indem er mit einer Starkstromschiene in Berührung kam und einen elektrischen Schlag erlitt, der auf der Stelle den Tod herbeiführte. In Frankfurt a. O. wurde der Rangierer Riste von einem fahrenden Wagen umgestoßen. Er fiel auf das benachbarte Gleis und wurde knöchelstark gerädert. In Soldin holte der Lokomotivführer Wähle eine Maschine aus dem Schuppen. Bei der Ausfahrt lehnte er sich wohl etwas zu weit aus seinem Stand heraus, kurzum, er geriet in der engen Durchfahrt mit dem Kopf gegen einen Pfosten, so daß ihm der Schädel zerquetscht wurde und alsbald der Tod eintrat. Seine Frau steht, nebenbei bemerkt, in Wäld ihrer Niederkunft entgegen, und außer der Witwe hinterläßt er eine alte Mutter, deren Stütze er war. Der verunglückte Rangierer hinterläßt eine Frau mit einem ein paar Tage alten Kinde, und um den jungen Elektromonteur trauern bejahte Eltern.

Von den mannigfachen Gefahren, die den Arbeiter bedrohen und oft jählings und auf ungeschickliche Weise seiner Familie entreißen, wissen die Couponabschneider und Dividendenskluder nichts. Was ist gegen die ständige große Lebensgefahr vieler Arbeiter ihr erbärmliches Geldrisiko? Sie verunglücken nicht im Beruf, sondern höchstens, wenn sie den leichten Gewinn in wahnwitzigen Automobilsfahrten usw. verzubeln, wobei jedoch leider gewöhnlich auch statt der schuldigen reichen Fahrproben die unschuldigen armen Fußgänger zu Krüppeln oder zu Tode gefahren werden.



Ihr Motorrad

Ist erst dann, wie es sein soll, wenn Sie sich auf die Bereifung und den Riemen unbedingt verlassen können. Das Beste ist hier gerade gut genug. Wenn Sie Ärger vermeiden und Zeit und Geld sparen wollen, dann gibt es nur eins: Wählen Sie

Continental Motorradreifen und Gummikeilriemen



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



Personal 12 000.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 22. April 1914, abends 8 Uhr, bei 8. Wille, Zebastianstraße 30:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Der Klassenkampf der Arbeiter. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Käppler. 2. Wahl einer Schlichtungskommission. 3. Geschäftliches. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen:

Musikinstrumenten-Arbeiter

Dienstag, den 21. April 1914, gleich nach Feierabend.

Bezirk Berlin Ost-Lichtenberg

bei Frederisdorf, Frankfurter Allee 127.

Bezirk Norden und Nordosten

bei Büttner, Schwedter Straße 23/24, und Brinkmann, Andreasstraße 26.

Bezirk Süden-Südwesten

im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 148.

Bezirk Südosten-Neukölln

im Lokal „Südost“, Waldemarstraße 75.

Tagesordnung:

Der 1. Mai.

Die Unwesenheit sämtlicher Verbandsmitglieder ist notwendig. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Stock- u. Zelluloid-Arbeiter!

Donnerstag, den 23. April 1914, abends 6 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Tagesordnung:

Branchenangelegenheit. Der 1. Mai. Verschiedenes.

Diese Versammlung ist für sämtliche Kollegen einberufen. 86/10

Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich Gata-Ruren in u. Co. fong. Laborat. i. Blutuntersuchung, Fäden i. Darm usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Str. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Hoffbauer's
UNIVERSAL-MAGENPULVER
Magen- u. Darmleiden, gegen Sodbrennen, Säuregenuß, Obstet und verärgertes Magenleiden. Verabreichung und Lagerung. Original-Schachtel M. 1.- Verkauf und Versand durch Elefant-Apothek, Berlin W., Lesniger Str. 74

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin - Mariendorf und Umgegend.

Am Donnerstag, den 30. April 1914, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von C. Benschack, hier, Chausseestraße 27:

Ordentliche Ausschusssitzung.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1913.
 - a) Geschäfts- und Kassenbericht,
 - b) Bericht der Revisoren.
2. Verschiedenes. Etwaige Anträge oder Beschwerden, zu denen Einsichtnahme in die Kassenrollen erforderlich ist, sind spätestens bis zum 28. April dem Vorstande schriftlich einzureichen.

Berlin-Mariendorf, den 18. April 1914.

Der Vorstand. 272/7
Aug. Leip. C. Benschack, Vorsitzender.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbezirk Cöpenick.

Su der am Dienstag, den 22. April 1914, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Café Sorge, Schloßstraße 12, stattfindenden

Ordentlichen Ausschusssitzung

werden die Ausschusssmitglieder, Arbeitgeber und Versicherte, hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Verlesen des Protokolls der letzten Ausschusssitzung.
2. Jahresbericht pro 1913.
3. Abnahme der Jahresrechnung für 1913.
4. Beratung und Beschlußfassung über den Vertrag mit den Herren Ärzten.
5. Bericht und Beschlußfassung über den Vertrag mit den Herren Apothekern.
6. Beratung und Beschlußfassung über die abzuändernde Krankenordnung (Vorhandensvorlage).
7. Anträge des Vorstandes auf Änderungen der Satzung § 67 Absatz 1, § 84 Absatz 1a.
8. Geschäftliches.

Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Beteiligung der Ausschusssmitglieder dringend, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. 272/8
Otto Ridel, Vorsitzender.

Öffentliche politische Versammlungen.

Dienstag, den 21. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Frauen-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hafensheide 108-114.

Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden.

Es werden sprechen: Vertreterinnen der Frauen aus Holland, Rußland, England, Finnland, Frankreich, Oesterreich und der Schweiz; ferner die deutschen Genossinnen Klara Zetkin und Luise Zietz.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.



Servus

Schuhputz mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 21. April 1914.
Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Hollendorfer-Theater. Was mir die Bildnis gab.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ag. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Deutsch. Was ihr wollt.
Feing. Der Gyn.
Hilfs-Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung.
Ag. Opernhaus. Salome.
Deutsches Opernhaus. Martha.
Kammertheater. Die gelbe Tade.
Deutsches Künstler-Theater.
Vergleich zur Liebe.
Reizner. Die einst im Mai.
Königsgräber Straße. Nr. 20.
Theater des Westens. Polenblut.
Theater am Hollendorferplatz.
Der Juxbaron.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Rivines. Jettchen Gebert.
Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.
Trianon. Die Kolbrüde.
Komödienhaus. Kammermusik.
Lustspielhaus. Die spanische Flöge.
Schiller O. Das Glück im Winkel.
Schiller Charlottenburg. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Montis Operetten. Jung-England.
Reifen. Der Regimentspapa.
Kote. Die Dollarprinzessin.
Kofms. Wo die Liebe hinwilt.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Perrnfeld. Die von oben und unten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3 Kompagnie.
Palast-Theater. Spezialitäten.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Förster-Christl.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Walhalla. Tangoheber.
Lützen. Los von Mutter!
Folies Caprice. Lohwabebohn.
Das Karnickel. Das Erdbeben.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Die Gaubenerde.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Berliner Eisballet. Eisballet.
Amor auf Urlaub.
Eines Hollendorfer-Theater. Was mir die Bildnis gab.
Eternawarte. Invalidenth. 57-62

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf: Liebe. Nachbar: Lottchens Geburtstag.
Schiller-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Hollendorfer 1383.
Dienstag, 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.
Mittwoch, 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.
Theater am Hollendorferplatz 5.
8 Uhr:
Der Juxbaron.
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Der müde Theodor.**
Theater in der Königsgräber Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Der Hebe Augustin.**

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Hochspannung.

ROSE-THEATER
Georg Arantfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Büchner und Grünbaum. Musik von Leo Fall.
Borg. u. f. Loge: Die Dollarprinzessin.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Los von Mutter!**
Gr. Ausstattungsposte m. Gesang u. Ballett in 4 Akten.

Brauerei Friedrichshain.
Sonntag, den 3. Mai: 2. Konzert des Männer- und Frauenchors Neukölln.
Mitwirkende: Blüthner-Orchester (60 Musiker). Herr Gustav Thümler-Walden, Bariton.
Zur Aufführung gelangen außer Männer- u. Frauenchören **Die Hekatoncheiren** (Die Hunderthändigen) von Ernst Eloseff für Bariton, Männer- und Frauenchor und Orchester. (Dichtung von Karl Weiser.)
Zum ersten Male in Berlin aufgeführt.
Anfang pünktl. 7 Uhr. Eintritt 60 Pf. Saalöffnung 5 1/2 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.
Gastspiel
Prager Tonkünstler Orchester. Dirigent: Kapellmeister und Komponist Julius Fackl.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Anfang 8 Uhr. bei freiem Eintritt.
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert**

Werder a. H. Restaurant Schwarzer Adler
Parteilokal
Fischer-Straße 98. Inhaber C. Neinert.
Herrlicher Garten direkt am Wasser. Eigener Dampfersteig. Großer Tanzsaal. **Jeden Sonntag** von 3 Uhr ab: **Tanz.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Familien können Kaffee kochen. Es ladet freundlichst ein **C. Neinert.**

Passage-Panoptikum.
Der englische **Riese**
Teddy Bobs.
Der größte Menach, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow! 19 Jahre alt.
20 Säle mit Sehenswürdigkeiten
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Förster-Christl.
Apollo-Theater.
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Zum 130. Male!
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit **Hartstein.**
Vorher das große Varieté-Programm. Rauchen gestattet!

Wintergarten
Ein **beispielloser Erfolg**
der von **Publikum und Presse glänzend beurteilten April-Attraktionen!**
Entreeplatz wochentags M. 0.60.
- Rauchen gestattet! -

Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 präzis:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Folies Caprice.
8 1/4 { **Tohuwabohe Das Karnickel Das Erdbeben.**
Voigt-Theater
Gadstraße 58.
Morgen Mittwoch, den 22. April 1914:
Das Geheimnis von New York.
Kontinuit. Drama in 3 Akten von Hans Kellner.
Aufführung 7 Uhr. Unt. 8 1/2 Uhr.
Sonnabend. Mittwoch, d. 23. April:
Benefiz Ernst Franzen: **Der stolze Heinrich.**

Nur noch einige Tage!
Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Um 9 Uhr: **Jeder Kampf bis zur Entscheidung.**
Es ringen als erstes Paar:
1. **Salt** gegen **Esson** (Deutschland) (England)
2. **Jussuf** gegen **Deriaz** (Türkei) (Schweiz)
3. **Petlivan** gegen **Derelli** (Türkei) (Asien)

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität **„Im Tangoklub“** und zum 230. Male das effektvolle Eisballett **„Die lustige Puppe“**. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere Lützen
Dienstmädels
Kostümliche Burlesk von Regiel.
Anfang heute 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntag 3 Uhr: **Die Notbrücke.**
Casino-Theater
Lützow-Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bisher ein großer Theater-Erfolg!
Der neue Lustspiel-Schlager **Wo die Liebe hinfallt.**
Vorher das neue April-Programm. Tauberts! Selma Wallis! Willi & Wivi! Sonntag 4 Uhr: **Papas Seitensprung.**
Für den Jubel der Jünger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierlich Verantwortung.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, 4., 5. und 6. Abteilung. Mittwoch, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei-Ausschank, Pergamonstraße 5/7: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen E. Eichhorn über: „Warum sind wir Sozialdemokraten?“ Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der neu aufgenommenen Mitglieder, ersucht Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Jugendsektion des Wahlvereins hält am Mittwoch, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3, ihre Versammlung ab. Vortrag des Genossen Ernst Reuter über „Militarismus“.

Alle jungen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18 bis 28 Jahren sind hierzu eingeladen.

Tempelhof. Mittwoch, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Stadt Dresden“, Berliner Str. 78: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes. Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalsammlung. Anträge. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wahldorf an der Ostbahn. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr seine Generalversammlung im Lokal des Herrn Anders, Bahndorfsstraße, mit folgender Tagesordnung ab: Jahresbericht, Neuwahl der Bezirksleitung, Rückblick auf die verflohenen Gemeindevorstandswahlen.

Kaulsdorf. Morgen Mittwoch 8 1/2 Uhr im Lokal von Sobey am Bahnhof: Extra-Sabalen. Tagesordnung: Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevorstellung. Neuwahl der Bezirksleitung. Verschiedenes.

Rosenthal. Heute Dienstag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gust. Wildbrodt, Waldersee Str. 78: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag der Genossin D. Olsch über: „Trepow über Rinderstich, Wahl des ersten Vorsitzenden, Parteiangelegenheiten.“

Zoffen. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung zu der am Donnerstag stattfindenden Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Kontrollversammlungen.

Man hat uns mit bedeutungsschwerer Betonung vorgelesen, daß „wieder“ 431 Mannschaften des Beurlaubtenstandes bestraft werden müßten — meist mit Haft! — weil sie nicht rechtzeitig, nicht zu der richtigen Zeit oder überhaupt nicht zur Kontrollversammlung gekommen sind.

Der die Versammlung leitende Hauptmann plädierte laut und lebhaft dafür, daß die — geradezu ungeheuerliche! — Zahl dieser Bestrafungen abnehmen müsse. Die Schuld an den Verhältnissen weist er natürlich bis auf den letzten Tropfen den „Mannschaften des Beurlaubtenstandes“ zu. Sie liegt aber doch in erster Linie bei der Militärbehörde und ihrer mittelalterlichen Art, die Zeit der Kontrollversammlungen bekannt zu machen. Die Bekanntmachung erfolgt nämlich in dem großen Berlin an den Anschlagssäulen! Auf keinem anderen Wege!

Da muß es einfach vorkommen, daß so viele Leute den rechten Zeitpunkt verpassen und nachher dafür brummen müssen. Zwar weiß jedermann, daß die Kontrollversammlungen Anfang März und Anfang November stattfinden. Der Mensch ist doch nun aber nicht der Kontrollversammlungen wegen da, sondern hat seine Sorgen und seine Arbeit und kommt durchaus nicht immer Anfang März oder November auf den Einfall, die Anschlagssäulen nach Bekanntmachungen der Militärbehörde zu studieren.

Dazu kommt aber noch, daß die Bekanntmachung der Kontrollversammlungen an vielen Orten durch die Zeitungen erfolgt, die Amtsblätter bringen sie als amtliche Mitteilungen und die Parteiblätter drucken sie vielfach nach. In Berlin muß aber der Interessent trotzdem die amtlichen Bekanntmachungen an den Säulen studieren, um genau Zeit und Ort der Stellung zu erfahren. Woher soll ich als in Berlin Zugereister wissen, daß ich hier in Berlin die militärischen Bekanntmachungen an den Anschlagssäulen zu suchen habe! Wenn's mir der Bezirksfeldwebel sagt, ist's zu spät, dann werde ich gleichzeitig bestraft!

Das Bezirkskommando weiß aber ganz gut, wie es an die einzelnen Leute ganz einfach und billig herankommen kann. Es stellt ihnen die Kriegsbeordnungen z. B. immer prompt durch die Post zu. Auf demselben Wege sollte es ihnen auch, da die Militärbehörde ja ganz allein Interesse daran hat, die Termine der Kontrollversammlungen übermitteln. Das läßt sich sehr einfach so machen, daß der Schreiber, der im März die neuen Kriegsbeordnungen bestempelt, auch noch einen Stempel verwendet mit den Terminen der Kontrollversammlung für das laufende Jahr und den fraglichen Jahrgang. Das Bezirkskommando muß doch am fünfzehnten März schon wissen, an welchem Tage des ersten Drittels im April die Kontrollversammlungen stattfinden werden und kann sich im März auch schon einen solchen Termin für den November vornehmen.

Bei gutem Willen ist das zu machen! Die viereinhalbhundert Strafen von drei Tagen oder einem Tage Haft kann das Bezirkskommando auf diese einfache Weise den „Mannschaften des Beurlaubtenstandes“ schenken und sich und den veräußernden Mannschaften den ganzen Kummel an Verladungen, Vernehmungen und Inhaftierungen sparen, der bei der gegenwärtigen Praxis des Bezirkskommandos unvermeidlich ist.

Und wie die Kontrollversammlung verlief? Kinder, Kinder, so spakhaft wie immer! Ein besonderer Glanz war diesmal, daß die geborenen Bayern vortreten mußten, um an den König Ludwig den Dritten“ vereidigt zu werden; „der Eid auf den Prinzregenten ist „ungültig“ geworden!“ Ja, ja, man nimmt's genau. Am Ende läßt sich im Kriege ein „Gegner“ abhalten, auf einen Bayern zu schießen, der nicht auf den König, sondern nur auf den Prinzregenten vereidigt ist. Die Komit dieser Situation belebte denn auch die Geister der anwesenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes“ mit sichtlichster Heiterkeit, die in einem beifälligen

Gemurmel zum Ausdruck kam, trotzdem man sich belästigt fühlte durch die unbedingt überflüssige persönliche Beorderung zu dieser Kontrolle, trotzdem man bedroht ward mit Schikanen für seine eventuelle Gefinnung. Na und diese Bedrohung! Auch sie wird ja allgemein als lächerliche, die sie ist, empfunden. Man soll sich nicht „sozialdemokratisch oder sonstige revolutionär betätigen“. Besonders ist es verboten, hier am Orte der Kontrollversammlung durch Zeitungen, Flugchriften, Absingung von Liedern und ähnliches für die Sozialdemokratie Propaganda zu machen. Da ließ sich eine höchst gemüthlich und zufrieden klingende Stimme aus dem Hintergrund ganz deutlich vernehmen: „Ist ja hier auch gar nicht nötig, hier wählt alles streng sozialdemokratisch, wir sind hier im Wahlkreise von Georg Ledebour!“ Na eben! Und Kriegerversammlungen, die erlaubt, ja empfohlen ist — darf man doch ausdrücklich Kriegerversammlungen anlegen, während alle anderen Absätze verboten sind —, hat da niemand getrieben.

Dann stellte der Hauptmann noch fest, daß die meisten nicht a u s w e n d i g wissen, wo sie am Mobilmachungstage anzutreten haben. Herr Hauptmann, das wird man sich dann schon innerhalb der drei oder fünf oder mehr Tage von dem roten oder gelben Zettel herunterlesen können! Auswendig sollen wir's wissen? Etwas anderes wäre mangelndes militärisches Interesse? Was soll uns das militärische Interesse! Kaufbolde sind wir nicht! Und mit einem Krieg rechnen wir nicht! Denken nicht dran! Wir denken nicht ans Sterben, wir denken an das Leben!

Aus Kroll's Vergangenheit.

Anlässlich des Abbruchs des Kroll'schen Etablissements in Berlin dürfte folgende Notiz von Interesse sein, die im Jahre 1845 in der „Deutschen Eisenbahn“, einem inzwischen eingegangenen sächsischen Blatte, erschien: „In Berlin veranstaltet Herr Kroll in seinem Garten abwechselnd italienische, chinesische und dergleichen Käthe. Es sind das Maskenaufzüge in entsprechendem Gewande, die jeglicher sittlichen Röheit und sinnlichen Vestialität bequem zum Deckmantel dienen, um den Gelästen des Fleisches zu frönen. Mit der tiefsten Entrüstung teilte uns ein Augenzeuge darüber Dinge mit, so schamlos, so niedrig, so gemein, so viehisch, daß unsere Feder den gottlosen Skandal nur andeuten, nicht zu beschreiben vermag. Diese und ähnliche Feste werden unter den Augen und mit Bewilligung der hohen Wohlfahrtspolizei gefeiert, derselben Polizei, die auf jeden freien Gedanken Jagd macht und in Hysterie und Heder, diesen sittlichen Gröhen, jüngst ganz Deutschland beleidigte! — In Berlin, in Preußen, wo soviel von christlichem Sinn und Wandel, von Kirchlichkeit und von der äußeren Ordnung der Dinge geredet wird, gibt es da keine „Öffentliche Meinung“, die ihre Stimme erhebt wider die Entwürdigung der öffentlichen Sittlichkeit? Wo stehen denn die hyperkommen Herren, die sich die Diener Gottes nennen! Ist unter der ganzen Legion keiner, der so viel Sittlichkeitsgefühl im eigenen Innern und so viel Mut hat, um mit Kraft und Würde gegen das Bereinbreiten öffentlicher Unacht unter den Augen der weltlichen Macht anzukämpfen, öffentlich mit allen Mitteln anzukämpfen, die der verhöhten Menschheit zu Gebote stehen? —“

Die Verkehrsmisere in Groß-Berlin

trat Sonntag wiederum lebhaft in die Erscheinung. Die Zahl der Klagen über die Unzulänglichkeit der heutigen Verkehrsmittel nimmt ständig zu und die meisten Klagen sind nur zu begründet. Kinder und ältere Personen sind Sonntag auf den Vorortbahnen, Straßenbahnen usw. selbst in Begleitung anderer Personen den größten Gefahren ausgesetzt. Die Plätze nach den belebtesten Vororten waren in den Abteilungen 2. und 3. Klasse von früh bis abend gedrängt voll. Abends bei der Rückfahrt nach Berlin haben sich nach den uns heute gemachten Schilderungen wieder geradezu unbeschreibliche Szenen ereignet. Familien mit Jagdarten 2. Klasse mußten stundenlang auf Beförderung warten, wurden bei dem großen Gedränge auseinandergerissen, froh, wenn sie ein Plätzchen in der 3. Klasse erwischten und kamen schließlich einzeln mit großen Verpätungen daheim an. Die Staatsbahnen stehen mit ihren Maßnahmen zur Verödigung des Verkehrs hinter den Straßenbahnen und den Hoch- und Untergrundbahnen weit zurück. Es ist ganz unbegreiflich, wie man das Publikum in einzelnen Wagen zusammenpfercht, warten läßt, den Familien das Fahren verleidet und eine Menge Wagen auf der Anhalter, Wehlarer u. a. Bahnen mit 1. und 2. Klasse leer laufen läßt. Den Beamten wird dadurch der Dienst ganz außerordentlich erschwert, den Fahrgästen das Ein- und Aussteigen nicht erleichtert. Die meisten Unfälle auf Bahnhöfen sollen sich beim Suchen nach den Abteilungen ereignen. Sobald man keine durchgehenden Züge mit offenen Plattformen zum Aufenthalt und mit nur einer oder zwei Klassen einrichtet, mögen die Götter wissen. Die Einnahmen wären größer, die Frequenz bedeutender, der Betrieb einfacher, die Unfälle geringer, die Klagen weniger und die Betriebsausgaben durch den Fortfall leerlaufender Wagen keinesfalls höher, eher kleiner, wenn sich die gepriesene preußische Eisenbahnverwaltung zu einer durchgreifenden Reform auf diesem Gebiet entschließen würde, woran wir aber berechtigte Zweifel hegen.

Die Zustände in der Universitäts-Frauenklinik,

an denen wir in letzter Zeit wieder mehrfach Kritik üben mußten, sind dem Leiter dieser Anstalt längst bekannt. Wir erfahren, daß schon im vorigen Jahre der Cheemann einer Frau, die mit der Klinik böse Erfahrungen gemacht hatte, eine schriftliche Beschwerde an den Geh. Medizinalrat Professor Bumm richtete. Der Beschwerdeführer, ein Klempner A., teilt uns leider erst jetzt mit, wie es damals seiner Frau erging und welchen Mißerfolg seine Beschwerde hatte. Aber gerade die Tatsache des Mißerfolges veranlaßt uns, auf jene Angelegenheit noch jetzt einzugehen, obwohl inzwischen nahezu ein volles Jahr verflohen ist.

Frau A. wurde am 20. April 1913, weil ihre Entbindung nahe bevorzustehen schien, durch ihren Ehemann um 10 morgens in der Universitäts-Frauenklinik (Arztliche Hofe) eingeliefert, wo sie bereits Mitte Februar sich zur Aufnahme gemeldet und die übliche Einschreibgebühr gezahlt hatte. Nach einer Wartezeit von zwei Stunden sagte man dem Mann, seine Frau könne daheimbleiben, und er ging dann nach Hause, indem er die ihm auf seinen Wunsch ausgehändigten Kleider der Frau mitnahm. Am demselben Tage, nachmittags um 2 Uhr, wurde er aus seiner Wohnung an das Telephon eines anderen Hausbewohners geholt mit dem Bemerkten, daß soeben

die Klinik gemeldet habe, er solle sofort die Kleidung zurückerbringen, seine Frau sei — entlassen. Er wollte es nicht glauben und hielt es für ganz unmöglich, aber per Telephon bestätigte man es ihm, und als er selber zur Klinik kam, war jede Wiederrede vergeblich. Es sei noch nicht so weit, sagten die Sachverständigen der Klinik. Für die Pflegekosten hatte er schon einen Vorschuß von 24 M. gezahlt, doch auch das schützte die Frau nicht davor, noch wieder weggeschickt zu werden. Im Bureau wollte man bei der Rückzahlung des Geldes ohne weiteres „einen Tag“ Pflegekosten berechnen und 3 M. dafür abziehen, aber A., der damals arbeitslos war, erhob Einspruch und erreichte die Auszahlung des vollen Betrages. Um 3 Uhr konnte er aus der Klinik seine schwangere Frau wieder hinausführen. Da er aus ihrem Befinden schloß, daß die Entbindung sehr bald erfolgen müßte, so fuhr er mit ihr sofort nach einem Wöchnerinnenheim. Noch an demselben Tage, um 10 Uhr abends, ging dort die Entbindung vor sich.

Drei Tage später richtete A. an den Professor Bumm eine ausführliche Beschwerde, in der er alle Einzelheiten und auch die Zeiten der Aufnahme in der Klinik, der Wiederentlassung aus ihr und des so bald erfolgten Eintretens der Entbindung genau angab. Er fügte noch hinzu, zu Frau A. habe nach ihrer Aufnahme in der Klinik ein sie untersuchender Arzt gesagt: Es sei noch nicht so weit, zwei bis drei Tage werde es noch dauern; sie solle nur noch mal nach Hause gehen und wiederkommen wenn es Zeit sei; hier sei kein Sanatorium, sondern eine Entbindungsanstalt. Auf diese Beschwerde hat A. bis auf den heutigen Tag keine Antwort erhalten. Jetzt jährt sich der Tag, an dem Frau A. vergeblich darauf rechnete, daß in ihrer schmerzlichen Stunde die Universitäts-Frauenklinik ihr Hilfe gewähren würde. Vielleicht führt die öffentliche Befragung der Angelegenheit dazu, daß zur ersten Wiederkehr des Geburtstages ihres Kindes der Herr Professor Bumm ihr die Freude macht, noch jetzt zu antworten und sich über das Ergebnis der doch gewiß von ihm damals sofort vorgenommenen Untersuchung zu äußern. Ob jener Arzt die ihm nachgefragten Neuigkeiten so bekräftigt hat oder nicht, ist nebensächlich. Der Kern der Beschwerde ist, daß die schwangere Frau noch zu einem Zeitpunkt wieder weggeschickt wurde, der knapp sechs Stunden vor dem Eintritt ihrer Entbindung lag.

Möglicherweise ist in der Universitäts-Frauenklinik der Ueberfluß an Schwangeren noch viel größer, als wir es ahnen. Das würde ja dann manches erklären, was auf den ersten Blick unbegreiflich scheint. Wir wiederholen unsere Warnung vor der Universitäts-Frauenklinik, in der wegen überzogenen Andranges von Aufnahmefuchenden solche Vorkommnisse möglich sind. Schwangere sollten diese Anstalt nicht zuerst, sondern höchstens zuletzt aufsuchen, wenn keine andere Anstalt ihnen Aufnahme gewähren kann.

Vom Zweckverband.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth tagte gestern im Berliner Rathaus der Zweckverbandsausschuß von Groß-Berlin. Es wurden u. a. die beantragten Bauordnungen für die Gelände bei Dreißinden, in der Nähe des Bahnhofes Wannsee, sowie für einen Teil von Mahlsdorf, Rosenthal und Bittenau an der Industriebahn genehmigt. Ferner stimmte der Ausschuß der Verlängerung und Umlegung der Straßenbahnlinien 21, 55 und 94 sowie der Linie D nach Neutölln und Urig zu.

Gegen den Waldankauf.

Die Haus- und Grundbesitzervereine im Osten Berlins hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der die Behörden ersucht werden, mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß der Erwerb des Wald- und Wiesengürtels um Berlin (Grünwald) unterbleibt. Begründet wird der Antrag mit dem Hinweis auf den hohen Preis, den geringen Wert der Wälder, sowie auf die hohe Belastung der Steuerzahler infolge der großen Kosten, die aus der Erhaltung und Aufzucht der Wälder erwachsen.

Neuerungen im Stadt- und Ringbahnbetriebe.

Versuchsweise sind auf einigen Bahnhöfen als Ersatz für die Gebelvorrichtung, an der kurz vor Eintreffen eines Zuges mechanisch durch einen „Arm“ die Fahrtrichtung angezeigt wird, elektrisch von der Blockstation aus bediente Anzeigegeräte aufgestellt worden. Sie tragen in Mannshöhe ein Uhrzifferblatt, auf dem der Zeiger die Fahrtrichtung und das betreffende Gleise anzeigt. Es können hier auch mehrere Züge, die zu gleicher Zeit einlaufen, signalisiert werden. Sicherer mag das ja sein, also Zeitwarter beim mechanischen Aufziehen der Arme leichter anschießen, aber praktischer sind wohl die weithin sichtbaren, bisher durch Bahnsteigbeamte bedienten Arme, da das Zifferblatt natürlich nur auf kurze Entfernungen ablesbar ist.

Ein Springbrunnen zum Trinken zeigt der baulich fast ganz erneuerte Ringbahnhof Landsberger Allee. Der Wasserstrahl springt fuhhoch aus einer kleinen Metallschale und fließt sofort wieder ab. Der Durstige beugt sich über den Strahl, jagt das Wasser auf, wozu einige Übung gehört, und braucht den bisherigen Trinkbecher, der auf allen Bahnhöfen wenig appetitlich aussieht und auch unhygienisch ist, nicht mehr zu benutzen. Viele Fahrgäste wissen freilich noch gar nicht, wozu diese neue Einrichtung eigentlich da ist.

Beim Spazierritt vom Tode ereilt.

Der Oberst Anton, Chef der Feldartillerieabteilung der Artillerieprüfungskommission, ritt gestern morgen in Begleitung seines Burschen im Tiergarten spazieren. Als er in die Nähe des Hippodroms kam, wurde er von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und stürzte, ehe es der ihn begleitende Dragoner verhindern konnte, vom Pferde herab. Der Varsche verstaute, seinen bewußtlos daliegenden Vorgesetzten aufzuwecken, hatte damit aber keinen Erfolg. Inzwischen sammelten sich einige Spaziergänger, die die Unfallstation am Zoologischen Garten in Kenntnis setzten. Als man mit dem Verunglückten auf der Unfallstation eintraf, stellte es sich heraus, daß Oberst Anton bereits tot war. Die Ärzte konstatierten, daß ein Herzschlag seinem Leben ein Ziel gesetzt hatte. Die Leiche wurde noch im Laufe des Vormittags von der Unfallstation nach der Wohnung des Verstorbenen in der Prinzregentenstraße 96 gebracht.

Wie der „Sozial-Anzeiger“ berichtet.

Ein gefundenes Fressen glaubte der „Sozial-Anzeiger“ seinen Lesern durch folgende Notiz vorsetzen zu können:

„Ein ungetreuer Genossenschaftsleiter“. Unter dem Verdacht, Genossenschaftsgelder unterschlagen zu haben, wurde der frühere Kassierer Kappe der sozialdemokratischen Bauerngenossenschaft „Ideal“ in Reulshaus verhaftet. Wie wir hierzu erfahren, sollen die Untersuchungen zwei Jahre zurückliegen, wurden aber jetzt erst entdeckt. Eine vorläufige Prüfung der Bücher ergab eine Restsumme von zunächst 9000 M. Der Verhaftete leugnet bisher jede Schuld.

Zunächst ist festgestellt, daß von einer sozialdemokratischen Genossenschaft keine Rede sein kann. Die Genossenschaft „Ideal“ ist durch ihren Grundbesitz in Besitz in der dortigen Gemeinde durch einen sozialdemokratischen und einen konservativen Gemeindevorsteher vertreten und vollständig neutral. Der vom Juni 1912 bis November 1912 angestellte Buchhalter hatte sich eine Pfändung einer quittierten Rechnung verschulden kommen lassen, die im Januar entdeckt wurde. Durch Eintrag der fehlenden Summe in Höhe von noch nicht 400 M. wurde die Sache beigelegt. Mißtrauisch geworden, unterzog die Geschäftsleitung die fragliche Zeit der Besichtigung des Kappe (nicht Kappe) einer eingehenden Prüfung. Dabei stellte sich heraus, daß K. auch mehrere Obligationen zu verschiedenen Verträgen hat. Da er aber die vorgeschriebenen Bedingungen nicht beachtete, kann die Genossenschaft kein nennenswerter Schaden treffen. K. sibt zurzeit in Untersuchungshaft.

Die Vorlegungen des „Sozial-Anzeigers“ sind also ungeheuerlich aufgebauscht.

Ein trauriges Ende hat der frühere Krankenkassenangestellte Adolf Roth, zuletzt Windstr. 25 wohnhaft, gefunden. Roth war seit Jahren schwer nervenleidend und litt zuletzt an Gehirnerweichung, so daß er in eine Irrenanstalt gebracht werden mußte. Am Sonnabend ließ er sich einen kurzen Urlaub geben, den er dazu benutzte, sich an einem Fensterriegel in seiner Wohnung zu erhängen. Roth hat in seinen gesunden Tagen in eifriger Weise im fünften Kreise für unsere Sache gewirkt.

Eine Bahnhofsgehäule wurde gestern wieder einmal von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie verhaftete den 28 Jahre alten aus Weihenstephan gebürtigen „Koch“ Ernst Mann, einen schon wiederholt bestrafte Menschen, der wieder einmal seinem alten Gewerbe nachging. Mann wurde von einem Beamten beobachtet, wie er auf dem Bahnhof Friedrichstraße einem Juge entstieg und mit einem zweiten Fahrgast, dem man den Provinzler gleich ansah, den Bahnsteig verließ. Festig auf ihn einredend, schritt er mit dem Mann, den er sich als Opfer ausriefen hatte, durch die Friedrichstraße, um ihn in irgendein Lokal zu verschleppen. Hierzu ließ es der Beamte jedoch erst gar nicht kommen, nahm den alten Sünder vielmehr gleich fest und die Vernehmung seines Begleiters ließ bald erkennen, was er mit diesem beabsichtigte. Er hatte ihn auf dem Lehrtor Bahnhof angeprochen, ihn veranlaßt, sein Gepäck dort aufzugeben und ihn zu begleiten, da er lohnende Beschäftigung für ihn habe. Es war dies natürlich nur eine Ausrede des gefährlichen Versuchens, um ihm bei Gelegenheit den Gepäckstein zu stehlen und dessen Sachen darauf zu erheben. Bei dem Verhafteten fand man noch vier Pfandbriefe, darunter einen, der auf eine goldene Uhr lautete, die, wie festgestellt werden konnte, am 15. Januar d. J. in Frankfurt a. M. bei einem Goldwarendiebstahl gestohlen worden ist.

Vorortnachrichten.

Treptow-Baumischulweg.

Aufgelöste Jugendversammlung. Ein neues Blatt zu ihrem Ruhmestranze hat sich am Sonntag die Treptower Polizei verdient. Zu mittags 1 1/2 Uhr war nach dem „Gesellschaftshaus“, Baumischulweg, eine Jugendversammlung einberufen worden, die schon in der Einladung ausdrücklich als „unpolitisch“ bezeichnet wurde, also einen Zweifel über den beabsichtigten Charakter nicht ließ. Pled-Steglich sollte über das Thema „Ginans ins Leben“ sprechen. An die 300 Jugendliche waren erschienen und warteten der Reichsbläse für ihren Lebensweg. Draußen auf der Straße hüteten zwei uniformierte Schutzeute den Eingang, brinnen wachten zwei in Zivil über das Wohlergehen der Jugendlichen. Raum hatte der Einberufer Fernig die Versammlung eröffnet, sprang Wachtmeister Dieze auf und forderte von ihm die Entfernung der noch nicht 18 Jahre alten Versammlungsteilnehmer, wozu natürlich für den Leiter keinerlei gefällige Veranlassung vorlag. Vorher hatte der Beamte zwar dem Einberufer eröffnet, daß keine Behörde die Versammlung als politische ansehe, worauf ihm aber auch vom Referenten versichert worden war, daß kein politisches Wort fallen würde. Folgerichtig hätte er jetzt erst abwarten müssen, ob sich kein Verdacht bestärkte. Den Fall schien aber keine Instruktion nicht vorgesehen zu haben und so forderte er denn die Jugendlichen selbst zum Verlassen des Saales auf. Als diese aber auf das ungelegliche Verlangen nicht gleich reagierten, verstand der Beamte die Auflösung der Versammlung. Das ist nun aber wieder eine Maßnahme, die im Gesetz keine Stütze findet. Im § 14 des Reichsvereinsgesetzes sind ausdrücklich alle Möglichkeiten der Auflösung aufgezählt, diese aber ist nicht dabei. Der Herr Wachtmeister unterließ es deshalb auch, bei der Auflösungsankündigung den gesetzlichen Grund anzugeben, wie dies vorgeschrieben ist. Da nun aber inzwischen die Uniformierten in den Saal gerufen wurden, wichen die Versammelten der Gewalt und zogen in den schönen Frühlingstag hinaus, um alsbald in einem Nachbarort eine göstlichere Stätte zu finden, wo sie einer anderen Versammlung beiwohnen konnten, die nicht mit rauer Hand von den Hütern des Gesetzes gestört wurde. Wenn die Polizeibehörden oder ihre Auftraggeber etwa glauben sollten, durch solche Maßnahmen der aufstrebenden Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, so irren sie. Jugendliche, denen man in so greifbarer Weise bedrängt, daß sie münderen Rechtes sind, als die unter Leitung des Pfarrers stehenden höheren Töchter und Söhne, die werden sich um so fester vornehmen, das herrschende Klassenrecht später mit zu bekämpfen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Freilich Raubritter nach dem Beispiel einiger besserer Söhne werden diese drangsalirten Arbeiterjungen und -Mädchen auch dann noch nicht, wenn man ihnen, wie hier, die guten Lehren Erwachener im Wege direkter Rede unzugänglich macht.

Bris.

In der Gemeindevertreterversammlung wurden zunächst die Wahlen für gültig erklärt und die neugewählten Gemeindevorsteher eingeführt. Dem Steueransatz gehören u. a. die Genossen Guschmidt und Eberhardt an. Alsdann beschloß die Gemeindevertretung die Anschaffung eines Automobils für die Feuerwehr. Bei der Begründung hierzu bemerkte Herr Liedt, daß dieses Automobil auch für die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Erkrankungen usw. bestimmt und mit Tragfähre und Sauerstoffapparat ausgerüstet werde. Es hätte sich gezeigt, daß der Krankenwagen vom Krankenhaus nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit zur Stelle sei. Dieses Eingeständnis des Herrn Liedt ist um so bemerkenswerter, als derselbe noch vor drei Wochen in einer Presse, die sich unter „Eingeladener“ im höchsten Grade anlässlich einer plötzlichen Erkrankung abspielte, unsere Einrichtungen in dieser Hinsicht direkt als erhaben hinstellte und jede daran geübte Kritik energisch zurückwies. Des ferneren gab der Bürgermeister bekannt, daß die chemische Fabrik Nibel aus Anlaß ihres Jubiläums der Gemeinde 3000 M. für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt habe. Völlig richtig empfiehlt es sich, daß diese

Summe zur Unterstützung für die gemäßigten Arbeiter dieser Firma verwendet wird. Aus den weiteren Verhandlungen wäre nur zu erahnen, daß der eine der neugewählten Vertreter anlässlich eines Rosenverkaufs durch die Gemeinde sich gemüßigt fühlte, eine Lapse für den größten Steuerzahler im Orte, wie er ausdrücklich betonte, zu brechen und daß Herr Dülse, der sich später rektifiziert, bei der Bekanntgabe der neuen Polizeiverordnung über das Halten von Hunden für sein Tier bei der Uebertretung besondere Rücksichtnahme verlangte.

Wie weit im übrigen das soziale Verständnis bei den bürgerlichen Herren geht, zeigt das Verlangen des Herrn Ulrich, die Gemeinde solle Schritte unternehmen, das im Orte eine Landkrankenkasse für die Dienstboten eingeführt werde. Wenn man bedenkt, daß der gegenwärtige Krankenbeitrag nur 36 und 48 Pf. beträgt, muß man dem Herrn eine nähere Sachkenntnis auf diesem Gebiete überhaupt abspreschen.

Wahlisdorf an der Ostbahn.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden die neu hyn. wiedergewählten Vertreter eingeführt. Der nächste Punkt betraf die anderweitige Festlegung der Lehrerfortbildung und der Amtszulage für den Rektor. Die Gemeindevertretung hat bereits zweimal beschloßen, den Lehrern eine Ortszulage von 600 M. zu gewähren. Hiergegen hat die Regierung Einspruch erhoben. Sie will nur 500 M. anerkennen und Wahlisdorf mit Neuenhagen gleichstellen. Diese Auffassung wurde allseitig für unzulässig erklärt, zumal die Regierung in anderen Orten von gleicher Größe wie Wahlisdorf die Gewährung von 600 M. gutgeheißen hat. Es wurde einstimmig beschloßen, bei dem früher gefaßten Beschluß zu beharren. Beim Punkt: Inanspruchnahme der den Gemeindegemeinschaften zugehörigen Krankengelder, wurde von unseren Genossen auf die eigenartige Praxis der Nieder-Barnimer Krankenkasse hingewiesen, die für die Kranken außerordentliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Es sei auch nicht besonders sozial geartet, wenn man den Angestellten und Arbeitern die paar Pfennige Krankengeld vorenthalten wolle. Man solle ihnen diesen Betrag ruhig belassen, zumal im Krankheitsfalle immer erhöhte Ausgaben entstehen. In diesem Sinne wurde beschloßen. Beim Punkt: Auswohl eines Begräbnisplatzprojektes planten die Gemüter heftig aufeinander. Der Hausbesitzerpartei und ihren Freunden war es gelungen, die Frage der Errichtung einer Leichenhalle fast zwei Jahre hinzuziehen. Als sie gar keinen anderen Ausweg mehr wußten, kamen sie mit ganz neuen Projekten, und dieses Mandat wollte einer der übrigen jetzt noch einmal wiederholen. Der Kampf drehte sich um ein Projekt, welches die Gemeindevertretung anlässlich eines Kreisausfluges angekauft und ein Projekt, welches Herr Vartisch angefertigt hatte. Ersteres soll etwa 30 000 M. kosten. Letzteres ist zwar etwas billiger berechnet, da aber noch verschiedene Veränderungen daran vorgenommen werden müssen, so dürften die Kosten ziemlich gleich hoch sein. Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn in der „Wahlisdorfer Zeitung“ behauptet wird, das Projekt Vartisch koste nur 15 750 M. Das dürften ungefähr die Kosten für den Rohbau sein. Herr Vartisch hatte selber sein Projekt etwa 4000 M. teurer berechnet. Schließlich wurde mit 9 gegen 9 Stimmen beschloßen, das von der Gemeinde angekaufte Projekt zur Ausführung zu bringen. Für die Umsännung des Friedhofes wurden 4500 M. und für gärtnerische Anlagen 4000 M. bewilligt. Einschließlich 5000 M. für Pflasterwerke in der Berliner Straße, soll eine Gesamtanleihe von 45 000 M. zu 4 1/2 Proz. Zinsen und 2 Proz. Tilgung aufgenommen werden. Zum Schluß kam noch das eigenartige Verhalten des Herrn Dr. Förgder-Kaulsdorf zur Sprache. Dieser Herr hatte es ohne jeden Grund abgelehnt, mit der Wahlisdorfer Gemeindevorsteherin zusammenzutreten. Auf eine diebezügliche Anfrage des Gemeindevorstehers erfolgte eine recht unhöfliche Antwort, aber keine Angabe von Gründen. Als der Gemeindevorsteher dann in der „Wahlisdorfer Zeitung“ auf diese Dinge aufmerksam machte und darauf hinwies, daß die Patienten in bezug auf Krankenpflege selbst zu wählen hätten, erließ Herr Dr. Förgder eine ganz patzige „Bekanntmachung“, die darin ausklang, daß die Krankenpatienten sich seinen Anordnungen zu fügen hätten. Unsere Genossen Schumann und Schmidt unterzogen das Verhalten dieses Herren einer scharfen Kritik, und es wurde ein Beschluß in diesem Sinne mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Hoffentlich besetzt sich auch der Vorstand der Allgemeinen Krankenkasse in Berlin mit dieser Angelegenheit.

Mariensfelde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurden zunächst die neugewählten Vertreter der zweiten und dritten Klasse eingeführt. Der Antrag des Gemeindevorstehers, sein Grundgehalt von 6000 Mark auf 8500 M. zu erhöhen, wurde gegen die Stimme des Rittergutsbesizers Kieper abgelehnt. Der Vortrager begründete seine Gehaltsforderung mit den teureren Lebensverhältnissen und der hohen Wohnungsmiete. In den zwei Jahren seiner Tätigkeit in Mariensfelde hätte er schon 8000 M. zugeführt. Dem Gemeindevorsteher wurde eine Dienstaufwandsentschädigung von 600 M. bewilligt, allerdings nur mit 8 gegen 5 Stimmen. Sein Gehalt beträgt somit 5100 M. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 474 000 M. Als Gemeindesteuern sollen von 420 M. Einkommen ab 110 Proz. erhoben werden. Die Gewerbesteuer in der ersten und zweiten Klasse beträgt 225 Proz. und in der dritten und vierten Klasse 150 Proz. Als Grundsteuer sollen 3 M. pro Hektar des bebauten und unbebauten Grundbesitzes erhoben werden.

Nieder-Schönweide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse F. Voh den Jahresbericht. Die größte Arbeit habe die Gemeindevorsteherwahl erfordert, die der Partei auch zwei neue Siege im Gemeindeparlament einbrachte, so daß jetzt drei Genossen zum Wohle der Allgemeinheit darin tätig seien. Der Mitgliederbestand habe sich infolge der regen Agitation in der Roten Woche um 82 Genossen vermehrt. Er beträgt zurzeit 385, davon 77 weibliche. Des weitern wurden 35 neue „Vorwärts“-Leser gewonnen. Ingesamt sind jetzt 400 Abonnenten am Ort. Der hierauf vom Genossen Kraffert erstattete Kassensbericht weist eine Jahresertragsnahme von 1 200,97 M. eine Ausgabe von 1 272,92 M. auf. Die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kraffert, 2. Reimann, Kassierer Rieg, Schriftführer G. Kersten, Beisitzer Dehmel, Luz und Genossin Radjeweit. Zu Bezirksführern wurden v. Frank für den 1. Bezirk, Seebert 2. Bezirk, Seewe 3. Bezirk, Niemaß 4. Bezirk gewählt. Die Wahl des Bezirksführers für den 5. Bezirk mußte noch zurückgestellt werden. Die Beschwerdef Kommission besteht aus Olsen, Renalt und O. Gehrt. Zu Revisoren wurden Bonafomsk, Brandt und Sogert, in den Jugendauswahlsch. Müller, zum Bibliothekar Haus, in die Bibliothekskommission Dehmel, Luz und die Genossin Radjeweit, zur Landtagsdeputationskommission Weilschauer, Sogert, Vorkhall und Fr. Stein gewählt. Genosse Voh schloß die gut besuchte Versammlung mit der Bitte an die Genossen, sich an den Parteiarbeiten nach wie vor recht rege zu beteiligen.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der zum besoldeten Stadtrat gewählte bisherige Magistratsassessor Lipphardt in sein Amt eingeführt. — Der Neubau der Oberrealschule wurde entsprechend der Magistratsvorlage beschloßen und die erforderlichen Mittel hierzu bewilligt. Für den Bau steht das zwischen der Pöhlert- und der Burggrafenstraße gelegene, rund 7700 Quadratmeter große Grundstück zur Verfügung. Das zwischen diesen Bauplatz an der Neuen Königstraße belegene 575 Quadratmeter große Grundstück soll ebenfalls angekauft und zwischen der Schule und der Neuen Königstraße eine Schulanlage geschaffen werden. Die Kosten stellen sich auf rund 885 000 M., außer den nötigen Inventaren, welche voraussichtlich zum Teil von der jetzigen Oberrealschule übernommen werden. — Der Handfertigkeitsunterricht an der Hülsschule für schwachbegabte Kinder soll einen größeren Umfang erhalten, um dadurch eventuell diesen Kindern später durch Fingerfertigkeit Gelegenheit zu geben, sich

ernähren zu können. — Der Mittwoch-Bochenmarkt soll nach dem Vorschlag verlegt werden und sollen fest abgegrenzte Marktstände geschaffen werden. Der Richter will dafür 3000 M. Recht mehr zahlen. Ein Beschluß wurde hierüber noch nicht gefaßt. — Die Jänerische Badeanstalt in der Bröndeburger Vorstadt ist seitens des Magistrats an den Schwimmklub 1903 zum Preise von 600 M. verpachtet worden. Ueber diese Maßnahme des Magistrats sind die Stadtratsmitglieder verwundert, weil beim Ankauf der Jänerischen Badeanstalt beschloßen worden ist, eine Volksbadeanstalt dieselbst zu errichten. An den Vertrag ist jedoch nichts mehr zu ändern, und da er nur auf ein Jahr geschlossen ist, verlangen die Stadträte, daß sie im nächsten Jahre vor Erneuerung des Vertrages erst gehört werden. Die Badeanstalt steht natürlich auch unter der Leitung des Schwimmklubs der Allgemeinheit zur Verfügung. Die Preise sind niedrig bemessen und soll den Schülern der Gemeindevorsteher der Schwimmunterricht unentgeltlich erteilt werden. — Die Firma Rechner u. Sohn in Potsdam hat an den Magistrat ein Schreiben gesandt, das an Unzumutbarkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Für die städtische Sparkasse wurde ein Gehaltsanspruch geltend gemacht. Außer anderen auswärtigen Firmen war auch die Potsdamer Firma Rechner u. Sohn aufgefordert worden, einen Kostenantrag zu machen. Ihr Angebot betrug 1800 M., das niedrigste 700 M. Schließlich änderten sich die Verhältnisse, und es wurde ein anderer Schranke, welcher den anfangs beabsichtigten unnützlich machte, angeschafft. Lieferant war eine auswärtige Firma. Als das die Firma Rechner u. Sohn erfuhr, richtete sie ein langes Schreiben an den Magistrat, in welchem sie sich über diese Handlungsweise bitter beschwerte. Die Firma teilt unter anderem mit, daß sie beschloßen habe, sämtliche Sparguthaben ihrer Familienangehörigen bei der städtischen Sparkasse abzugeben. Auch habe sie ihre bei ihnen beschäftigten Leute veranlaßt, ihr Geld von der städtischen Sparkasse abzugeben und anderwärts unterzubringen, denn wenn man zum Steuernutzen gut genug sei, dann müsse man auch Arbeit verlangen können. Die Firma möchte im Rathaus vertreten sein und dann müßte die Arbeitslosgenfürgen auf der Tagesordnung stehen.

Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm zunächst die Genossen und Genossinnen auf, die während der „Roten Woche“ genommen worden waren. Ingesamt wurden 120 K u f n a m e n notlagen. Sodann erlosch die Kassierer den Kassensbericht vom 1. Quartal 1914. Einer Einnahme von 308,50 M. stand eine Ausgabe von 187,43 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 121,07 Mark vorhanden war, der der Kassenkasse zugeführt wurde. Um eine bessere Uebersicht über den Vermögensstand zu haben, wurde das Einbringen einer Präsenzliste beschloßen, welche während der Versammlung herumgeht und in die sich die einzelnen Genossen und Genossinnen eintragen sollen. Der längere Zeit die Versammlungen nicht besucht, soll dann eine Aufforderung zu regerem Versammlungsbesuch erhalten. Ferner wurde der Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr erlosch. Hiernach zählte der Wahlverein am Schluß des Geschäftsjahres 457 männliche und 78 weibliche Mitglieder. Zu Versammlungen siehe wie bisher zwei Lokale zur Verfügung. — Hierauf wurden die Genossen Stach, Walter, Hausmann und Diener in die Zeitungskommission gewählt. Beschloßen wurde ferner, als ersten Punkt der nächsten Versammlung die Hausflügelung zu beraten. Vom Vorstand sollen entsprechende Vorschläge gemacht werden. Außerdem sollen die nächsten Jahlabende sich mit dieser Materie beschäftigen.

Romowes.

Mit der Einführung der Berufsvermittlung beschloßte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Obwohl die Finanzkommission die Einführung empfahl und für das Amt eine geeignete Person in Vorschlag brachte, kam doch kein definitiver Beschluß zustande, weil von einzelnen Rednern die Zweckmäßigkeit einer solchen Neuerung angezweifelt wurde. Um nun über das Wesen und die Bedeutung der Berufsvermittlung eingehender Klarheit zu schaffen, soll über dieselbe in der nächsten Sitzung ein Vortrag gehalten werden, für den ein hiesiger Vormundschaftrichter in Aussicht genommen wurde.

Eine längst ersehnte Verkehrsverbesserung wird der neue Fahrplan der elektrischen Straßenbahn bringen, indem vom 1. Mai ab statt des bisherigen 15-Minuten der 7 1/2-Minuten-Verkehr zwischen unserem Ort und der Stadt Potsdam zur Einführung gelangt. Die Fahrpläne sind wie folgt festgesetzt: Ab Potsdam Reichsbrücke 6.06, 6.13, 6.21, 6.28, 6.36, 6.43, 6.51 ufm. bis 9.21 abends; ab Romowes Plantagenstraße 6.20, 6.21, 6.28, 6.46, 6.54, 7.01 ufm. bis 9.46 abends. Von 9.21 abends bis 10.36 ab. Reichsbrücke und von 9.46 bis 10.34 ab. Plantagenstraße Romowes verkehren die Wagen nur viertelstündlich. Der erste Frühwagen von Potsdam fährt nur bis zum Rathaus Romowes.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Deikensee. Dienstagmorgen 5 Uhr im Rathaus, Albertinstraße 6.
Hermsdorf bei Berlin. Heute, den 21. April, abends 8 Uhr, im Gemeindehaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Münzfälschung.

Ein Münzfälscher, dessen Treiben durch einen Zufall zur Kenntnis der Behörde gekommen war, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors S e h m e r gestern eine neue Tagung begann, zu verantworten.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Schmied Karl Klammer befreit, um sich wegen Münzverbrechens zu verantworten. — Der schon wegen Diebstahls verurteilte Angeklagte, wurde eines Tages Ende November vorigen Jahres dabei gefasst, wie er einen Schokoladenautomaten aufbrechen wollte. Er wurde festgenommen, und nachdem man festgestellt hatte, daß er in der Wessertalstraße in Lichtenberg wohnte, wurde ein Kriminalschuttmann beauftragt, in der Wohnung des Angeklagten eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Diese hatte ein überraschendes Resultat. Statt der vermuteten gefüllten Schokolade wurde dem Beamten eine gut eingerichtete Halbschmiedwerkstatt vorgefunden. Der Beamte konnte zahlreiche falsche 1/2-, 1- und 5-Markstücke beschlagnahmen, die der Angeklagte mit Hilfe eines neuen, bisher von Halbschmiedern nicht angewendeten Verfahrens hergestellt hatte. Die Stücke waren, wie der Sachverständige, Obermünzwarden Mittemann, vor Gericht bezeugte, so gut hergestellt, daß eine Täuschung ohne weiteres möglich war.

Der Angeklagte war zur Zeit der Tat arbeitslos. Seine Frau sah ihrer Niederkunft entgegen. Er war vor Gericht geständig, bestritt aber, die Halbschmied in dem Verbrechen gebrochen zu haben. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach verurteiltem Münzverbrechen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft.

Aus dem „Spazio“-Prozess.

In dem „Spazio“-Prozess wurden an den letzten beiden Sitzungstagen die eigenartigen Geschäftsprinzipien erörtert, die Herr August Albiner, der Dirigent des von der Staatsanwaltschaft als großer Schwindel behandelten Internementens in den einzelnen Abteilungen desselben betreibt. Diese ganzen Abteilungen waren überhaupt nur eingerichtet, um den Torlebenslustern, die er als Mitglieder und „Abonnenten“ der „Spazio“ mit Hilfe der 90 für ihn tätigen Agenten einzufangen suchte, in den Glauben zu versetzen, daß sie alle möglichen wertvollen Vergünstigungen durch dieses Abonnement gleich zu erlangen. Während diese angeblichen Vergünstigungen gleich Null waren, der Jahresbeitrag hat mehrfach

der Einigkeit in der Partei große und damals allseitig anerkanntes Opfer gebracht hat. Die unmittelbar nach geschlossenem Frieden entgegen dessen Willen erfolgte Gründung des ultraliberalen Reichsverbandes kann unmöglich als ein Grund zum Vorgehen gegen die im Reichsverband vereinigten jungliberalen Vereine angesehen werden, zumal da sich diese genau an den Geist der Beschlüsse des Parteitagess von 1912 und an das Programm der Partei gehalten haben. Das Ziel der jungliberalen Bewegung, immer von neuem die heranwachsende Jugend zu politischer Mitarbeit heranzuziehen, kann ohne den Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend nicht erreicht werden. Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend ist für die Fortexistenz und die gedeihliche Weiterarbeit auch der einzelnen Vereine völlig unentbehrlich und damit auch für die Gesamtpartei, die gerade in letzter Zeit die durch nichts zu erlösende Tätigkeit der Jugendvereine von leitender Stelle aus anerkannt hat. Wenn jetzt schon wieder an dem im Reichsverband schon seit Jahren bewährten Rechtsbestand so von Grund auf gerüttelt wird, so liegt die Befürchtung nahe, daß das nächste Mal auch die Landesverbände und die Vereine zerstückt werden sollen, eine Befürchtung, die durch verschiedene Äußerungen von ultraliberaler Seite sehr erheblich genährt wird. Da hielt es der Gesamtvorstand für seine Pflicht, gerade auch gegen die nationalliberale Partei in Verhandlungen über die Auflösung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend einzutreten. Er war aber der Überzeugung, daß sich bei ruhiger Beurteilung auch die Gesamtpartei diesem Gedanken nicht werde verschließen können und erkennen werde, daß der Beschluß des Zentralvorstandes vom 29. März zur Herbeiführung eines gedeihlichen Friedens in der Partei unangebracht sei.

Im übrigen ermächtigte der Gesamtvorstand gemäß seiner freis beobachteten Parteipolitik seinen Geschäftsführenden Ausschuss, sobald die Leitung der Gesamtpartei einen derartigen Wunsch ausdrückt, hierüber Besprechungen zu führen, die, unbeschadet der Erhaltung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend in allen seinen wesentlichen Funktionen, auf die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Partei abzielen. Der Gesamtvorstand konnte auch mit großer Freude eine Reihe von Sympathieerklärungen von Seiten aller nationalliberalen Organisationen entgegennehmen. Schließlich wurden noch die zur Vorbereitung des diesjährigen Parteitagess notwendigen Beschlüsse gefaßt.

Konservativer Zeitungsaufkauf.

In Schweden ist die Schließung des linksliberalen Blattes „Schwedischer Volksfreund“ von dem agrarkonservativen Verlag „Landskapstidningen“ angekauft worden, ohne daß der leitende Redakteur des freisinnigen Blattes bis zur Stunde des notariellen Kaufaktes von der Transaktion eine Ahnung hatte. Ein solches Kaufgeschäft ist von dem konservativen Verlag in dieser Stadt innerhalb vier Jahre bereits zum zweiten Male inszeniert worden. Trotzdem nun aber der freisinnige Chefredakteur sofort ausgetreten ist, verstand der konservative Verleger, daß die politische Haltung des Blattes dieselbe bleibt wie bisher. Um die liberalen Leser ganz sicher einzufassen zu können, und um einen Abonnentenzuwachs zu verhindern, ist das angekaufte Organ zurzeit noch radikal wie vor dem. Dafür zwei Beispiele aus einer der jüngsten Nummern dieses „freisinnigen“, in einem konservativen Verlag herausgegebenen Blattes:

„Die Mogelei auf dem Lande. Der Generalparadox hat in dem Kreise Rottenburg (Aurhessen) 5 1/2 Millionen, in dem Kreise Ohlau (Schlesien) gar 18 Millionen Kapitalvermögen mehr erbehalten, als bisher versteuert worden war. In beiden Fällen handelt es sich um fast rein landwirtschaftliche Kreise. Die Herren Agrarier hatten eben alles für das Vaterland übrig; nur nicht das ihm geschuldete Geld.“

„Der Beitrag des Kaisers soll 4 100 000 M. betragen. Ist diese Zahl richtig, so läßt sie einen Rückschluß auf die ungeheuren Größe seines Erbvermögens zu. Trotzdem wurde die Zinsliste von 16 Millionen auf 19 1/2 Millionen Mark erhöht.“

Man beachte die Angriffe gegen die Agrarier und auf Wilhelm II. und bedenke dabei, daß beides unter Schutz und Schirm, wenn nicht gar unter Zustimmung eines konservativen Zeitungsverlegers geschieht. Der Zweck ist klar: Mit dem Tode sollen die freisinnigen Leser als Abonnenten erhalten bleiben. Später werden ihnen dann die konservativen Pläne beigebracht. Das Ganze zeigt aber auch den Rückgang des Liberalismus in Schlesien.

Budgetberatung in der Bremer Bürgerschaft.

In der Bremer Bürgerschaft begann am Sonnabend — sehr verspätet — die Beratung des Budgets für das Etatsjahr April 1914/15. Die Finanzen des kleinen Bundesstaates stehen nicht günstig. Das Budget schließt mit einem Defizit von 1 800 000 M. ab. Besonders stark belastend sind die Hafenanlagen, während man andererseits sich Mühe, die Wohlhabenderen härter zur Einkommensteuer heranzuziehen. Die Finanzminister ipsemet selbst auch in dem Mißtrauen der Kapitalisten gegen die bremischen Anleihen wider. Dies veranlaßte den Staatskommissar zu einem Appell an den Sozialpatriotismus. Der sozialdemokratische Redner kritisierte das Versagen des bremischen Staates besonders in der Arbeitslosenfürsorge und auf dem Gebiete des Wohnungswesens. In der Verfassungsfrage sei ebenfalls nicht der geringste Fortschritt wahrzunehmen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter vom 20. Lebensjahr an nach dem Verhältniswahlsystem wurde von der Mehrheit und von einem Teil der Freisinnigen mit höchstem Eifer zum Kenntnis genommen.

Der frühere württembergische Ministerpräsident v. Breiting

ist heute im Alter von 79 Jahren gestorben. Er trat 1896 in das Ministerium als Justizminister ein und übernahm 1901, als der Ministerpräsident Schott v. Schottenstein nach kurzer Amtsdauer über eine Sittenaffäre gestolpert war, den Vorsitz im Staatsministerium. Unter dem Ministerpräsidenten kam das Gesetz über die Steuerreform und im Jahre 1906 eine Verfassungsreform zustande, die dem Reichern v. Wittmann in Jahre 1908 nicht gelungen war. Breiting war in seiner Grundhaltung ein konservativer Staatsmann, ließ sich aber gern von völkerverständlicher Seite ein liberales Mantelchen umhängen. Bei der Verfassungsreform nahm er die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch, da das Gesetz sonst die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erlangt hätte. Nach Durchführung der Verfassungsreform, durch welche bekanntlich die Zweite Kammer ganz auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts gestellt wurde, trat Breiting im Dezember 1908 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde der jetzige Ministerpräsident v. Weizsäcker.

Der russische Gemeindevahlrechtstausch vor dem Landtage.

Am Freitag und Sonnabend wurden im russischen Landtage die Debatten über die Regierungsvorlage fortgesetzt. Die bürgerlichen Vertreter stimmten nicht nur der Vorlage in vollem Umfange zu, sondern beantragten sogar weitere Wahlrechtsveränderungen, insofern, als Orte, die von dem Entwurfs nicht getroffen wurden, einbezogen werden sollten. Die Fortwärtigen der Majorität laßen darauf hinaus, daß den bürgerlichen Parteien in allen Gemeinden mindestens dreipiertel aller Stimm auf alle Zeiten gesichert bleiben. Unsere Genossen rechneten mit den Reaktionsären aller Schattierungen in scharfer Weise ab. Nach dem Verlauf der Debatten darf man annehmen, daß der Ausschuss die Vorlage noch verschlechtern wird.

Lohnordnung der Staatsbahnarbeiter.

Am 1. April d. J. ist für die sämtlichen preussischen Staatsbahnverhältnisse eine neue Lohnordnung in Geltung getreten. Der preussische Eisenbahnminister v. Breiting hat nun zu dieser Lohnordnung Ausführungsbestimmungen erlassen, denen wir nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendes entnehmen: „Kein Bediensteter darf in seinem bisherigen Lohnverhältnis und Lohnansprüchen durch die Neuordnung geschädigt werden. Größten Wert legt der Minister darauf, daß sich die Einführung der Lohnmaßnahmen glatt und ohne besondere Beschwerden der Arbeiter hervorzuheben vollzieht. „Noch vermute“, so schließt der Erlaß, daß die Lohnbegünstigten, mitbeteiligten Beschäftigten, Amtsbediensteten, Direktoren und die sonst beteiligten Beamten sich mit aller Sorgfalt der Durchführung der Maßnahmen annähmen. Zu diesem Zweck sind nicht nur alle Vorbereitungen sorgfältig zu treffen, sondern es ist auch durch persönliche Eühlungnahme mit den Arbeitern bei den Arbeiterausführungen und sonst sich bietenden Gelegenheiten dafür zu sorgen, daß Befehl und Vorteile der Neuordnung den Arbeitern verständlich werden. Auch muß, namentlich in der ersten Zeit, darüber gewacht werden, wie die Dienstvorgesetzten die neuen Bestimmungen handhaben. Wo dabei mangelnde Verständnisse für die Zwecke und Ziele der Lohnreform hervortritt, muß behelfend und anregend eingegriffen werden. Nur wenn in verständnisvollem Zusammenwirken aller beteiligten Stellen die Durchführung der Lohnreform gesichert wird, ist ein voller Erfolg zu erwarten.“

Abg. Radnide mandatsmüde.

Der fortschrittliche Abg. Radnide hat den fortschrittlichen Vertrauensmännern seines Wahlkreises Pommern-Ludwigslust mitgeteilt, daß er ein Mandat zum Reichstag nicht mehr annehmen werde. Dagegen wird er das Mandat zum preussischen Landtag behalten. Als seinen Nachfolger stellen die Fortschrittler den Rechtsanwalt Dr. Berndt-Stettin auf. — Die Fortschrittler dürften jedoch diesen Kreis bei den nächsten Wahlen kaum wieder erlangen, denn bei den verflochtenen Wahlen erhielten die Konservativen 7114, die Fortschrittler 6723, die Sozialdemokratie 6887 Stimmen. Es ist daher anzunehmen, daß bei den nächsten Wahlen wie mit den Konservativen in die Stichwahl kommen.

Ausgewiesen.

In dem bei Böhmern gelegenen weimarischen Dorfe Kleinendach wurde Genosse Anton Dörfler, ein gebürtiger Oesterreicher, ausgewiesen. Das weimarische Staatsministerium behauptet, er habe sich „lästig“ gemacht. Dörfler ist nämlich Vorsitzender der Kleinendacher Zählstelle der Vorkammerarbeiter und Kolporteur der „Weimarischen Volkszeitung“. Das genügt schon, um den Herrschenden „lästig“ zu erscheinen.

Die schwedischen Wahlen.

Es ist nunmehr das Wahlergebnis festgestellt in 49 der 56 Wahlkreise und von den 230 Mandaten der Zweiten Kammer sind damit 201 besetzt. Die fehlenden 29 Wahlergebnisse aus 7 Wahlkreisen werden erst am Mittwoch festgestellt sein. Von den 201 Mandaten haben die Konservativen 75 erobert, die Liberalen 59 und die Sozialdemokraten 67. Die Verteilung dieser Mandate in der vorigen Kammer war 57 Konservative, 85 Liberale und 59 Sozialdemokraten. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß in den noch fehlenden Kreisen eine weitere Verschiebung nicht vor sich geht, wird die kommende Kammer folgendes Aussehen haben: Konservative etwa 83 Mandate, Liberale 75 und Sozialdemokraten 72. Möglich ist, daß zwischen den beiden letzten Parteien eine kleine Verschiebung zugunsten der Sozialdemokraten eintritt.

In den Kreisen, in denen bisher das Resultat festgestellt wurde, erhielten die Konservativen 248 000 Stimmen, das sind 84 000 mehr als bei der letzten Wahl im Jahre 1911. Die Liberalen erhielten 208 000, circa 2000 mehr als früher und die Sozialdemokraten gleichfalls 208 000, ein Mehr von 50 000 gegenüber 1911.

Oesterreich.

Erkrankung Franz Josefs.

Kaiser Franz Josef ist an einem sieberhaften Bronchialkatarrh erkrankt infolge einer Erkältung, die er sich kürzlich bei dem Empfange Wilhelms II. auf dem Penzinger Bahnhof zugezogen hat.

England.

Ablehnung der Bündnispolitik.

London, 30. April. Der „Daily Telegraph“ schreibt, England werde aufgefodert, die Entente mit Frankreich in ein Bündnis zu verbandeln und dieses durch ein weiteres Bündnis mit Rußland zu ergänzen. Gründe für diese Ansicht seien unschwer zu finden, aber sie seien offenbar voreilig und eben deshalb zur Unwirksamkeit verurteilt. In europäischen Fragen sei es nicht nur unweise, sondern unmöglich, die stetige Bewegung der öffentlichen Meinung zu antizipieren, die allein defensiver oder offensiver Abmachungen und Bündnissen Substanz und Gewicht verleihe. Das Blatt fährt fort: Können wir wirklich sagen, daß der Boden für ein formelles Bündnis bereitet ist, um Rußland, Frankreich und Großbritannien in einer gemeinsamen Aktion und Politik zu vereinen? Wir sind natürlich verpflichtet, den Fall von unserem eigenen Gesichtspunkt aus zu betrachten, und da sind diese Gründe vorhanden, die den Diplomaten hier und im Auslande wohl bekannt sind, weshalb Großbritannien es ablehnen muß, sich in Kontroversen und Verwicklungen hineinzulassen zu lassen, die es nicht angehen, sondern nur das internationale System betreffen. Was gewährt die jetzige Entente genau genommen? Sie gewährt Frankreich wie England eben das, was sie von ihr verlangen, nämlich eine Garantie gegen Angriffe und ungerade Streitigkeiten. Sie gewährt nicht, was im gegenwärtigen Augenblick keine der beiden Nationen verlangt, nämlich ein Versprechen zur Unterstützung in einer aggressiven Politik. Wir wünschen nicht, andere Nationen zu bedrohen. Wir wünschen, mit allen in ehrenvollem Frieden zu leben. Wir suchen nicht, Frankreich von dem Abschluß anderer Freundschaften abzubringen, und wir nehmen für uns ein ähnliches Recht in Anspruch.

Aus Industrie und Handel.

Bosnien.

Eine neue bosnische Anleihe ist von einem deutschen Bankkonsortium unter Führung der Deutschen Bank, der Dresdener Bank und der Diskontogesellschaft übernommen worden. Ein Teil der Anleihe, die im ganzen 400 Millionen Kronen betragen soll, wird demnächst aufgelegt werden. Dadurch wird das Interesse des deutschen Kapitalisten-Publikums auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Bosnien gelenkt. Vor 34 Jahren begann nach dem Einzug der österreichisch-ungarischen Truppen in Bosnien die Ausbeutung des Landes. Zwar war die Hauptindustrie Bosniens, die Bergwerksindustrie, schon sehr alt, da schon die Römer in dem Lande Gold, Silber, Blei, Quadersilber, Kupfer und Eisen gewonnen, aber der Bergbau hatte viele Jahrhunderte hin-

durch brachgelegen. Die österreichisch-ungarische Regierung machte sich daran, den Bergbau neu zu beleben. Sie nahm zum Teil den Abbau in eigene Regie, teilweise erlaubte sie durch Erlaß einer Schürferordnung dem privaten Kapital, die Schätze Bosniens zu heben. Noch heute befindet sich eine erhebliche Quote des bosnischen Bergbaus in Händen der österreichisch-ungarischen Regierung. Im Jahre 1912 wurden von der Regierung allein 150 Millionen Doppelzentner Eisenerze gewonnen. Die Einfuhr Bosniens beläuft sich auf ungefähr 150 Millionen Kronen. Einer der Hauptposten der Einfuhr ist naturgemäß der Export von Bergbauprodukten. Die neue Anleihe soll zum größten Teil für Bahnbauten verwendet werden.

Selbstverständlich. Als das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat zustandekam, hieß es, die Zementpreise würden von dem Syndikat nicht geändert werden. Aber hat man schon ein eben zustandekommes Syndikat gesehen, das seine frische Kraft nicht ausnützte? So hat denn auch das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat eine etwas verflawulierte Preis-erhöhung, aber eben eine Preis-erhöhung, beschlossen.

Flaschengeschäft und Witterung. Nicht nur der Konsum von Flüssigkeiten geht bei kühlerer Witterung zurück, auch der Vertrieb der Flüssigkeitsbehälter, besonders der Gläser und Flaschen, wird geringer. So wird im Geschäftsbereich der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens konstatiert, daß das Flaschengeschäft insbesondere unter der Verminderung des Verbrauchs an Flaschen infolge des außergewöhnlich frühen Sommers 1913 zu leiden hatte.

Die Aussperrung der Droschkenschauffreure geplant.

Der Verband der Berliner Droschkenbesitzervereine hielt gestern abend eine Versammlung ab, um über Maßnahmen gegen den Streik der Droschkenschauffreure zu beraten. Wie ausgeführt wurde, haben gegenwärtig 1400 Schauffreure die Arbeit niedergelegt. Der Vorsitzende Oskar Schulze forderte die Versammlung auf, dem Streikenden mit scharfen Maßnahmen entgegenzutreten und sichere die Unterstützung des Verbandes zu. Der Redner empfahl dann folgenden Antrag:

„Die im Streik befindlichen Fahrer nehmen am 26. d. M. die Arbeit wieder auf, und zwar zu den alten Bedingungen, d. h. zu einem Tagelohn von 150 M. und 25 Proz. der Einnahme. Sagen sich die Fahrer diesem Beschluß nicht, so erfolgt am 26. die Aussperrung und die Kraftdroschkenbesitzer begreifen von dann an nur noch 1 M. Lohn und 20 Proz. der Einnahme. Das Wagenwagegeld haben die Fahrer nach wie vor zu zahlen.“

In der stürmisch verlaufenden Diskussion wurde aber allgemein der Wunsch ausgedrückt, daß man die Aussperrung nicht kurzer Hand proklamieren möge, sondern den Termin der Aussperrung noch um einige Tage verschiebe. Allgemein wurde gemißbilligt, daß einige große Kraftdroschkenbetriebe sich der Bewegung nicht angeschlossen haben, sondern zum Teil mit ihren Angestellten Tarifverträge bereits abgeschlossen hätten.

Die Versammlung einigte sich schließlich daraufhin, entsprechend dem obigen Antrag bis zum 26. April zu warten, andernfalls am 26. April die Aussperrung der 4000 Berliner Droschkenschauffreure erfolgt.

Interessant war auch die Mitteilung des Vorsitzenden der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins, Hans Schwandt, daß das Reg. Polizeipräsidium auf Seiten der Unternehmer stehe und den Streik nicht billige. Die Streikenden werden etwas anderes auch nicht erwartet haben.

Letzte Nachrichten.

Vorbereitungen zum Angriff.

Seracuz, 20. April. Kapitän Hughes, der Chef des Stabes der Atlantischen Flotte, begab sich heute zu General Raas, dem Befehlshaber der mexikanischen Landtruppen in Seracuz, und zum Hofkommandanten und ersuchte sie, alle Handelschiffe zum Verlassen des Hafens aufzufordern. Der amerikanische Konsul hat alle Frauen fremder Nationalität ersucht, auf im Hafen liegenden Schiffen Zuflucht zu suchen, vorzugsweise auf den Dampfern „Mexico“ und „Esperanza“, die von der amerikanischen Marine für diesen Zweck gechartert wurden.

Die Maisfeier in Frankreich.

Douai, 20. April. Der Nationalverband der Kohlengrubenarbeiter hat soeben eine Rundgebung veröffentlicht, in der alle Arbeiter aufgefordert werden, am 1. Mai zu feiern, um die Nacht des Verbandes durch diesen Streik zu beweisen.

Der Generalfreik der italienischen Eisenbahnarbeiter verlegt.

Ancona, 20. April. Der Zentralausschuss des italienischen Eisenbahnersyndikats erklärte sich heute nach längerer Beratung mit sieben gegen sieben Stimmen gegen den sofortigen Ausbruch des Generalfreiks.

Im Ausschuss tritten sich drei Strömungen gegeneinander. Die radikale Minderheit forderte sofortigen Streikbeginn; eine nicht unbedeutende Anzahl von Delegierten war für den Aufbruch des Streiks bis zum Herbst, während die Reformisten nach wie vor sich gegen den Streik aussprachen.

70 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Leipzig, 20. April. Nach Genuss von Fleisch erkrankten am Sonnabend und Sonntag im Osten der Stadt etwa siebzig Personen, von denen sich jedoch die meisten auf dem Wege der Besserung befinden. Nach Mitteilung des Gesundheitsamtes ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Erkrankungen auf den Genuss des Fleisches einer noxischen Kuh zurückzuführen sind, deren Stücke jedoch vorchriftsmäßig abgestempelt waren. Zur Verhütung weiterer Erkrankungen sind die umfassendsten Maßnahmen getroffen worden.

Großfeuer in einer Spinnerei.

Leipzig, 20. April. Ein Großfeuer zerstörte heute den größten Teil der Tuchfabrik Kuhhorn. Die Spinnerei und das Wollager sind vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist beträchtlich. Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist hierdurch beschäftigungslos geworden. Die Fabrik Kuhhorn ist die älteste Tuchfabrik in Leipzig.

Explosion an Bord eines französischen Torpedobootzerstörers.

Toulon, 20. April. Durch die Explosion eines Petroleumkessels entstand im Achterdeck des Torpedobootzerstörers „Magin“ Feuer, das zwar verhältnismäßig schnell gelöscht wurde, aber doch großen Schaden verursachte.



Wegen Inventuraufnahme bleiben die Geschäftsräume von
Mittwoch, d. 22., bis einschließlich Freitag, d. 24. d. M., geschlossen.

Sonnabend Beginn des Ausverkaufs

in den Lebensmittel-Abteilungen zu herabgesetzten Preisen.

Es kommen u. a. Mosel-, Rhein- und Bordeauxweine, deutsche und franz. Schaumweine sowie Liköre u. Spirituosen in guten Qualitäten zum Verkauf

Der Konkursverwalter

„Tausend Goldstücke „Königinn“! Die größten, weil die könnlichste Wörker“

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsbüchse

Fritz Hildebrandt

am 16. April im Alter von 20 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Friedhofs aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Friedrich Linde

am 17. April im Alter von 56 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses aus nach dem alten Pauls-Kirchhofe statt.

Um rege Beteiligung ersucht
64/5 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin

Berta Possekel

am 14. April an Krebsleiden gestorben ist.

Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker

Franz Eichler

Grenzauer Allee 202

am 19. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

116/19 Die Ortsverwaltung.

Am 18. April verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Ewald Wemhöner

aus Kirchhunde (Weihensee) nach langem, schwerem Leiden im Alter von 24 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Niederschönhausen in Schönholz aus statt.

Das Personal d. Buchdruckerei

W. Hoerer. 1779b

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen
Deutschlands (Ortsvorw. Berlin).

Nachruf.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Reinhard Röllig

(Betrieb Hüfner, Weihensee)

am 7. April im Alter von 29 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

76/9

Am 18. April starb nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Emil Hahn.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Familie Franz Hahn,

Charlottenburg, Scharrenstr. 38.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 22. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Luisen-Kirchhof, Fürstenbrunner Weg, statt. 119a

Arbeiter-Jugend Charlottenburg.

Am Sonnabend, den 18. April, verstarb nach kurzem Leiden unser Jugendfreund

Emil Hahn

im Alter von 16 Jahren.

Ein treuer Kamerad, ein vom höchsten Idealismus erfüllter Kämpfer ist uns früh entzogen worden. Wir werden ihm ein neues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes am Fürstenbrunner Weg aus statt.

Treffpunkt der Jugendlichen im Jugendheim, Kofenstraße 3, 3 1/2 Uhr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Vaters und Bruders

Wilhelm Lehrig

sagen wir hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Stadtbaldern-Komitee für die treuesten Worte, dem Beerdigungsverein für den II. Kreis, sowie dem Holzarbeiterverband unseren innigsten Dank. Ells. Lehrig nebst Tochter.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und der Erghmänner zum Ausschuss der

Krankenkasse

der

Personen - Lohnfuhrwerks - Innung zu Berlin.

Von den Versicherten ist auf Grund unseres Wahlscheidens vom 2. April 1914 nur ein und von den Arbeitgeberern überhaupt kein Wahlvorschlag eingereicht worden.

Die vorgeschlagenen Versicherten gelten daher gemäß § 48 des Statuts als gewählt. Dergleichen gelten die vom Vorstande vorgeschlagenen Arbeitgeber ebenfalls als gewählt.

Die für Montag, den 18. Mai 1914, angetragenen Wahltermine werden demnach hiermit aufgehoben. 272/3

Berlin, den 20. April 1914.

S. A. G. Rose, Vorsitzender.

Personen - Lohnfuhrwerks - Innung, Berlin, Dirschstr. 3.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 20. April 1914, abends 6 Uhr, findet im „Grünlaken“, Dirschstr. 3, Stadtbahnhofen 110, Bogen 9, die statutenmäßige Wahl des Ausschusses statt. Wahlberechtigt sind die bei einem Innungsmitglied beschäftigten volljährigen Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Gehilfe, welcher zum Amte eines Ausschusses fähig ist. §§ 11, 22 des Geschäftsverordnungsgeleges. 272/3

Leitimation: Bescheinigung des Innungsführers.

S. A. G. Rose, Obermeister.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

C 54, Sophienstr. 6.

Einladung

zu der am Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12 stattfindenden

Ausschuss-Sitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschussvorsitzenden.
2. Vorlegung des Verwaltungsbereichs und Rechnungsabchlusses pro 1913.
3. Bericht des Rechnungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 1913 und Abnahme derselben.
4. Festsetzung und Beschlußfassung über den dem Versicherungsausschuss einzureichenden Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1914.
5. Beschlußfassung über die an die Kasse zu zahlende Rückzahlungssumme von 0,05 M. pro Kopf und Jahr der Mitglieder.
6. Verschiedene Mitteilungen.

Ermächtige Beschwerden, welche Erledigung finden sollen, müssen dem Vorstand der Kasse 3 Tage vor der Ausschusssitzung bekannt gegeben werden; ferner gilt der letzte Absatz des §. 73 der Kassenstatute entsprechend.

Berlin, den 21. April 1914.

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

H. D o e n e, Vorsitzender. G. L e h m p h u l, Schriftf. f. d. K.

Goebenstr. 134/135

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse

Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer

Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. — Preis 10 Pf.

Dieser Prozeß, eine der feinsten Blüten deutscher Rechtsprechung, der mit der Verurteilung unserer Genossin Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis endete, hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. So interessant nun auch die Ausführungen des Staatsanwaltes sein mögen, auch die Irrungen bei der Anwendung der zur Beurteilung benötigten Paragraphen, alles dies wird in den Schatten gestellt durch die meisterhafte und aufrechte Verteidigungsrede unserer Genossin Luxemburg.

Dieser Prozeß wirkt aufpeitschend. Zorgt für eine Massenverbreitung dieser Broschüre!

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69

Straussfedern und Pleureusen

direkt ab Fabrik.

Straussfedern Nr. 416, 50 cm lg. 5,00

Edelware " 419, 53 " 6,50

" 604, 50 " 12,50

" 605, 55 " 18,50

Pleureusen " 500, 35 " 3,50

" 501, 45 " 7,50

" 504, 60 " 2mal geknüpft 17,50

" 505, 65 " " 20,00

Paradies-, Kronen- u. Stangenreihen billige Preise

Sämtl. Reparaturen, wie krausen, reinigen u. färben

Kl. Frankfurter Str. 25, 1

„Capstadt“ - Strausfedernfabrik, Berlin - Telefon: Kopt 2056.

Hutformen Garnierie Federhüte

Größtes 8-8 Uhr.

Preisliste im Anhang

Wöbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27.

Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Teilzahlung 50 Pf. an

Klappstuhlwagen, Kinderwagen,

Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Wäsche, Portieren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Spiegel, Bilder, Betten, Uhren, Zithern, Grammophone

F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, nur I. Etage.

Blumen- und Kranzbilderei von Robert Meyer, Inh.: P. Gollets, Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Haas-Kur (Dauer 12 Tage); Blutuntersuchung; Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Beruhigung. Mäßige Preise.

Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11

In Freien Stunden

Die

Wochenchrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin

Berlin N., Brunnenstraße 56.

Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.

Änderungen sofort.

Hautleiden

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen besten Dank für Ihre wunderbare Heilung, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gutes Ziehung, Mücken Hautpilen sind wie (bei Halle) sofort zu haben. Generaldepot u. Versand, Bismarck Apotheke Berlin: Drangelstr. 17. ferner in den Apotheken: Charlottenstr. 51, Potsdamer Str. 84a, Landsberger Str. 39, Rosentien-Allee 2, Auguststr. 60, Köpenicker Str. 21, Belle-Alliance-Str. 12, Charlottenburg; Bismarckstr. 81, Wilmersdorf; Wilhelmstr. 151, Spandau; Wilsdorfer Str. 14, Friedrichsfelde; Zentral-Apotheke, Rhénania, Fabrik chem.-pharm. Produkte, Bonn.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradhalter, Irrigator, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege

empfehlen

Fabrikant Pollmann,

jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.

Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Radfahrertarten

Wanderkarten

hält stets vorrädig

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Caden)

Komplette Einrichtung
schon von 230 Mk. an

Moderne Küche
in jeder gewünschten Farbe
schon von 48 Mk. an

Bessere Wohnzimmer
von 250 bis 625 Mk.

Bessere Schlafzimmer
von 295 bis 800 Mk.

Möbel

otto Piehl Berlin N. Brunnen-Str. 120.

Garnituren
100-350 Mk.

Schl-fsofa
75-120 Mk.

Chaiselongues
21-65 Mk.

Bestellen . . . 21-72 M.
Tische 6⁵⁰-65 M.
Stühle 2-21 M.
Kleiderschränke 19-165 M.
Vertikales 38-72 M.
Büfette 125-450 M.